

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

114 (18.5.1914)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonne-
mentspreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl.
65 P.; am Postkassett 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.
Geschäftsstunden: 7 bis abends 7/8 Uhr.
Postfachkonto Nr. 2660.
Telephon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.
Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 P. Lokalinserte
billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/9 Uhr vorm., für größere Inserate
am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gies & Cie., Karlsruhe.

Dogelstrausspolitik.

In einem Artikel über die politische Lage in Baden und die Nationalliberalen veruchte die „Badische Landeszeitung“ die Vorgänge bei der Volksschuldebatte und die im Anschluß daran gepflogenen Erörterungen der Presse als möglichst harmlos erscheinen zu lassen. Ja, sie geht so weit, diese Debatten als einen Erfolg für die nationalliberale Partei und ihre Schulpolitik zu buchen. Man kann offensündigen Tatsachen nicht leicht mehr Gewalt antun, als in diesem Artikel geschieht. Wenn in dem Artikel behauptet wird, die nationalliberale Fraktion habe mit ihrer Stellung zum Antrag Muser „der Reaktion einen Kiegel vorgegeben“, so ist das eine politische Selbsttäuschung, wie man sie sich schlimmer kaum noch vorstellen kann. Man denke: der Antrag Muser forderte gar nichts anderes, als was der frühere Chef der badischen Zentrumsfraktion Abg. Fehrenbach im badischen Landtag als selbstverständlich bezeichnet und was das Zentrum heute nur deshalb bekämpft, weil es Morgenluft wittert und keine Veranlassung mehr zu haben glaubt, Toleranz zu heucheln. Freilich, die „Bad. Landeszeitung“ tut so, als ob sie von all dem gar nichts wüßte. Sie feiert den Minister Böhm als einen die Staatshoheit und die Staatsinteressen über alles hochhaltenden Nationalliberalen. Mit solchen nichtstagenen Sprüchen glauben die Nationalliberalen sich zu allen Zeiten über die Prinzipien des Liberalismus hinwegsetzen zu können. Es ist eben nicht wahr, daß der Antrag Muser eine spezifisch demokratische bzw. sozialdemokratische Forderung sei. Mit der Demokratie hat dieser Antrag überhaupt nichts zu tun, es ist lediglich ein liberales Prinzip, das durch diesen Antrag in der Schulgesetzgebung zur Geltung kommen sollte.

Der moderne Verfassungsstaat beruht in allererster Linie auf dem liberalen Prinzip der ungehinderten Glaubens- und Gewissensfreiheit. Wie kann man aber im Ernste noch von einer ungehinderten Glaubens- und Gewissensfreiheit sprechen, wenn der Kultus- und Unterrichtsminister hinsetzt und erklärt, er werde keine freireligiösen Forderungen in die Lehrerseminarien aufnehmen und wenn die Zahl der diffidenden Lehrer zu groß werde, diese in den einflussreichen Ruhestand versetzen und das alles, weil angeblich das Volksschulgesetz ihn dazu zwingt? Eine solche Behauptung wäre selbst dann nicht berechtigt, wenn sie wahr wäre, denn über dem Volksschulgesetz steht die Verfassung mit der unzweideutig garantierten Glaubens- und Gewissensfreiheit. Nun zwingt aber die Volksschulgesetzgebung den Staat keineswegs zu einer solchen Einschränkung der Glaubens- und Gewissensfreiheit, denn die Erteilung des Religionsunterrichts ist in erster Linie Sache der Kirche und nicht Sache des Staates. Der Staat leidet der Kirche dabei nur freiwillig seine Unterstützung und dies nur insoweit, als er es selbst für notwendig und zweckmäßig hält. Kein Gesetz zwingt den Staat, keines darf ihn nach den klaren Bestimmungen der Verfassung zwingen, in der Unterstützung so weit zu gehen, daß dadurch seine eigenen Beamten vor die Alternative gestellt werden, entweder den Staatsdienst zu quittieren, oder auf die garantierte ungehinderte Glaubens- und Gewissensfreiheit zu verzichten oder — sich zu erbärmlichen religiösen Heuchlern degradieren zu lassen.

Der Antrag Muser forderte nicht die Beseitigung des Religionsunterrichts, sondern nur die Beseitigung eines unwürdigen mit dem Grundsatze der ungehinderten Glaubens- und Gewissensfreiheit in Widerspruch stehenden Zwangs zur Erteilung des Religionsunterrichts durch Lehrer, die dazu ihrer Überzeugung gemäß nicht mehr in der Lage sind. Die Volksschule ist eine weltliche Anstalt. Wenn eine Regierung aber erklärt, sie könne zu dieser weltlichen Anstalt keine freireligiösen Lehrer zulassen, lediglich weil diese nicht in der Lage sind, den konfessionellen Religionsunterricht zu erteilen, so ist und bleibt das eine Bankrotterklärung des modernen liberalen Verfassungsstaates. Mit demselben Rechte könnte man Freireligiöse aus allen Staatsämtern ausschließen, weil sie infolge ihrer religiösen Auffassung nicht Beamte eines christlichen Staates sein können. Wir haben aber nach der Verfassung weder einen christlichen Staat noch eine christliche Schule, sondern einen konfessionslosen Staat und eine konfessionslose Schule. Die staatsbürgerliche Gleichberechtigung aller Staatsbürger ohne Unterschied der Konfession ist eine leere Phrase, wenn Herr Böhm mit seiner Auffassung im Recht ist. In diesem Falle müßte in Konsequenz einer solchen Auffassung die Verfassung geändert werden. Das werden die Nationalliberalen natürlich nicht wollen. Dann aber bleibt ihnen, wenn sie überhaupt noch auf das Prädikat „liberal“ Anspruch erheben, nichts anderes übrig, als aus der Verfassung die Konsequenzen für die Schulgesetzgebung zu ziehen. Dazu aber fehlt ihnen der Mut. Kein Mensch fordert die Beseitigung des Religionsunterrichts, sondern lediglich die

Beseitigung des Zwangs zur Erteilung desselben durch Staatsbeamte. Die Religion ist Sache der Kirche und nicht Sache des Staates. Nach der Verfassung darf es keine „anerkannten“ Religionsgemeinschaften geben; ihre Existenz beruht auf einem Kompromiß zwischen Staat und Kirche. Der moderne Verfassungsstaat aber kann nicht auf Zeit und Ewigkeit solchen Zustand ertragen, der fortgesetzt zu Konflikten zwischen Staat und Kirche und in seinen Konsequenzen die verfassungsmäßig garantierte Glaubens- und Gewissensfreiheit in Frage stellt. Wenn vor einem halben Jahrhundert, als das Verhältnis zwischen Staat und Kirche gesetzlich geregelt wurde, der Staat nicht sofort die letzten Konsequenzen aus den Grundprinzipien seiner Verfassung gezogen hat, so ist das historisch erklärlich. Allein die dadurch sich ergebende Inkongruenz kann doch deshalb heute nicht mehr als eine historische Notwendigkeit bezeichnet werden. Darin wurzelt das trostlose Elend des deutschen Liberalismus, daß er nie den Mut gefunden hat, auf der Grundlage seiner Prinzipien weiterzubauen, d. h. die in der Verfassung niedergelegten Prinzipien auch in der Gesetzgebung und in der politischen Praxis konsequent zur Durchführung zu bringen. Aus dieser Quelle der Schwäche des Liberalismus saugt die Reaktion bis auf den heutigen Tag ihre Kraft.

Reißt es nicht die Staatshoheit preisgeben, wenn der Staat ein Prinzip von so fundamentaler Bedeutung wie es die Glaubens- und Gewissensfreiheit ist, durchbrechen und vor der Kirche kapitulieren muß? Man lese doch einmal den umgekehrten Fall, der Staat würde von der Kirche solche Konsequenzen gegenüber dem Prinzip der Glaubens- und Gewissensfreiheit verlangen. Die Kirche würde das rundweg ablehnen und von ihrem Standpunkt aus mit Recht. Man lese nur die Broschüre des erzbischöflichen Ordinariats gegen die Freireligiösen. Da wird nicht mehr und nicht weniger verlangt, als daß der Staat den Freireligiösen gegenüber keine Toleranz üben darf, d. h. daß es für die Freireligiösen keine Glaubens- und Gewissensfreiheit geben kann. Die Kirche fordert damit vom Staat die Preisgabe einer seiner grundlegenden Verfassungsbestimmungen und — das ist das traurigste bei der Sache — der Minister Böhm praktiziert den Freireligiösen gegenüber schon die von der Kurie in Freiburg gewünschte Intoleranz. Er geht schon so weit, den Kommunalverwaltungen Normative zu machen — und zwar auf Grund einer Denunziation der Kurie — wenn sie den Freireligiösen Schulkolole zum Religionsunterricht zur Verfügung stellen. Und dabei behauptet die „Bad. Landeszeitung“, dieser Minister sei nicht reaktionär, er wandle in den Bahnen der alten liberalen Tradition. Dazu kommt noch seine Schläfen- und Nadelstichpolitik gegen die Arbeitergesang- und Turnvereine, die ebenso sinnlos wie lächerlich ist. Die Nationalliberalen schweigen dazu aber in allen Sprachen. Weder die „Bad. Landeszeitung“ noch die nationalliberale Landtagsfraktion hat dagegen Front gemacht, obwohl das nichts mehr als eine liberale Pflicht gewesen wäre. Will die „Bad. Landeszeitung“ das vielleicht auch unter die bei den Volksschuldebatten erlangenen Erfolge der nationalliberalen Partei buchen? Schon fordert das Zentrum, daß auch in den Kommunen diese reaktionäre böhmische Verwaltungspraxis zur Anwendung komme. Das Verlangen ist zwar infam, aber immerhin ehrlich. Man weiß wenigstens, woran man mit dem Zentrum ist. Die Nationalliberalen aber feiern diesen Minister als einen der ihrigen und verwahren ihn gegen den Vorwurf einer reaktionären Politik d. h. sie identifizieren sich mit der reaktionären Politik dieses Ministers und tun dann so, als begriffen sie gar nicht, warum die Sozialdemokratie gegen diesen Minister so energig Front macht. Ja sie preisen sich noch selber glücklich und merken gar nicht, daß sie sich zwischen zwei Stühlen gesetzt haben.

Wir werden uns keine Mühe geben, die Nationalliberalen in dieser merkwürdigen Glückseligkeit zu stören, denn wir haben Zeit zu warten. Unsere Ziele werden sich durchsetzen — mit oder ohne Großblock. Jedenfalls aber lehnen wir es entschieden ab, dem Großblock zuzuliebe, wie ihn jetzt die Nationalliberalen definieren, uns in dieselbe unbequeme Situation bringen zu lassen, in der die Nationalliberalen jetzt Glückseligkeit mimen. Der Großblock ist an sich eine durchaus richtige und gesunde Idee, er ist es aber nur dann, wenn er auf der Basis einer wirklich liberalen Politik beruht. Der Großblock als Versicherung gegen vom Zentrum gefährdete nationalliberale Mandate, die von halb dreipartei und ganz konserverativen ausgeübt werden, hat für die Sozialdemokratie weder Sinn noch Zweck. Ein solcher Großblock würde die Sozialdemokratie in dieselbe Situation bringen, in der sich heute die Nationalliberalen befinden und zum Dank dafür würde sie von der Regierung mit Fußtritten belohnt. Gerade weil wir den Block der Linken für eine politische Notwendigkeit halten, die über kurz oder lang sich durchsetzen muß, wollen wir ihn daher bewahren, nicht kreditiert zu werden, d. h. ihn in denselben abgrundtiefen Sumpf hineinmündieren zu lassen,

in dem sich die nationalliberale Partei befindet. Die Idee des Großblocks ist eine viel zu gesunde, als daß man sie vernationalliberalisieren lassen darf. W. K.

Deutsche Politik.

Der Kriegsminister korrigiert sich.

Als am 8. Mai die Frage der Nichtbeförderung jüdischer Einjähriger zu Reserveoffizieren im Reichstag zur Debatte stand, erklärte der Kriegsminister mit Bezug auf die Zurücksetzung aus konfessionellen Gründen: „Daß dieser Zustand verfassungswidrig ist, muß ich zugeben.“ So wenigstens wurden die Worte des Herrn v. Falkenhayn allgemein verstanden und so fanden sie sich auch in den Berichten der Presse.

Im stenographischen Bericht werden nun aber die Worte des Kriegsministers folgendermaßen wiedergegeben: „Daß dieser Zustand an sich verfassungswidrig scheint, muß ich natürlich zugeben.“

Sollten sich da wirklich die Zeitungsberichterstattung und die Abgeordneten, von denen Herr Müller-Meinungen in seiner Rede noch ausdrücklich auf den Satz Bezug nahm, so stark verhöhrt haben? Das ist kaum anzunehmen. Wahrscheinlich ist Herr v. Falkenhayn von selbst oder unter Mitwirkung freundlicher Menschen auf den Gedanken gekommen, daß die glatte Anerkennung einer Verfassungswidrigkeit doch ihre großen Bedenken habe. Er hat sich dann entschlossen, ein paar Buchstaben zu ändern, um das Vergernis seiner Worte zu beseitigen. Das Vergernis der Tatsachen wird er freilich mit diesem kleinen Kunststück nicht aus der Welt schaffen können.

Kriegsminister v. Falkenhayn gegen die Presse.

Der Kriegsminister hat im Reichstag seine Forderung für eine Erweiterung des Pressebureaus im Kriegsministerium damit begründet, daß er seine Beziehungen zu der Presse möglichst eng gestalten wolle. Im Reichstag fand er damit freilich keine Gegenliebe, die Forderung wurde abgelehnt. Wir vermuten, daß dieses erweiterte Bureau neben der Verjorgung der bürgerlichen Presse mit mehr oder weniger gefärbten Nachrichten, auch die Aufgabe gehabt hätte, der oppositionellen Presse Schwierigkeiten zu bereiten. Der Kriegsminister hat außerdem Strafantrag gegen die Genossin Lutzemburg, auch Strafanträge gegen den „März“, die „Schwäbische Tagwacht“ und die „Volkswacht“ in Bielefeld gestellt. Der Artikel der „Volkswacht“ war überschrieben: „Wie die Kosaken in den Straßen Petersburgs“, ein Satz, welcher der Zeugnisaussage des Staatsanwalts Krause im Zabern-Prozess wörtlich entnommen war. Der Artikel war außerdem von dem Verfasser mit Namen unterzeichnet. Trotzdem stellt der Kriegsminister auch noch gegen den Redakteur Strafantrag! Der Verfasser ist wegen dieses Artikels bereits unter Anklage gestellt. Herr v. Falkenhayn scheint gegen die Kritiker des von ihm vertretenen Systems, nach dem Muster Bismarcks, ganz systematisch mit Strafanträgen vorgehen zu wollen. Daß er Verurteilungen erzielen wird, ist keineswegs unmöglich, denn wenn nicht anders, dann können die Richter schließlich in der Form des Artikels etwas finden, worauf sich eine Verurteilung stützen läßt. Der Kriegsminister soll aber nicht glauben, daß er damit die Kritik unterbinden kann. An der Tatsache, daß viele Soldaten gräßlich mißhandelt werden, ist doch nicht zu rütteln. Statt daß man die Ursachen der Kritik beseitigt, läßt man den Staatsanwalt auf die Kritiker los. Das mag bequem sein, damit schafft man aber die Soldatenmißhandlungen nicht aus der Welt. Daß etwa der Kriegsminister oder die Kommandostellen es wünschen oder billigen, daß Soldaten mißhandelt werden, das hat noch kein Mensch behauptet. Was kritisiert wurde, ist neben den Mißhandlungen selber, die Tatsache, daß die Soldatenpeiniger nicht energig genug gefaßt werden. Man soll einmal den Unteroffizieren kategorisch erklären, daß jeder von ihnen, der sich an einem Soldaten vergreift, degradiert wird, man soll dies auch im gegebenen Fall mit äußerster Strenge durchführen — die Soldatenmißhandlungen werden aufgehoben und damit entfällt auch der Anlaß zur Kritik. Solange man sich dazu nicht entschließen kann, solange werden die Soldatenmißhandlungen anhalten und es ist geradezu eine Pflicht der anständigen Presse dieses System mit aller Schärfe zu kritisieren. Die Strafanträge des Herrn v. Falkenhayn ändern daran absolut nichts, sie beweisen nur, daß der Kriegsminister keine richtige Auffassung von den Aufgaben der unabhängigen Presse hat.

Nachklänge von Zabern.

Der Redakteur Käßler vom „Eckhoffer“ hatte drei Beiruten des Inf.-Regts. Nr. 99 in Zabern veranlaßt, ihm die bekannten Vorgänge in Zabern mitzuteilen und durch Unterschrift zu bestätigen. Die Staatsanwaltschaft hatte gegen den Redakteur ein Strafverfahren wegen Verleitung zum militärischen Ungehorsam anhängig gemacht.

re Posten 484
kleider-
-Kette
uchten la Qualit
m billig abgeben
ge 133 1 Kreuze
sch
und Kreuzstrobe
der kleinen Stride
er Heigerung
den 18. Mai
Uhr, werden in
Lazinhof, hinter
ordbad:
ämme, 1 Wron
tane
ung öffentlich be
978
2. Mai 1914,
redirektion.
Eilt!
Karlsruher
offerle
ines Seminars
Lehrerinnen.
ntiert 28. Mai
ohne Abzug
DO M.
n bar Gold
DO M.
g. Lotterie
ntiert 4. Juni.
er Gewinne:
DO M.
inne:
DO M.
winne 213
DO M.
e Mark 1.—
rto u. Liste fo
hlt und ver-
nternehmer
rmer
angstraße 17.
Kapitel 41.
Carl Götz,
E. Flöge,
Möbel
u Sie am billig-
Auswahl bei
rrmann,
straße 40. 8100
Stadtwerten.
ne Kaufmann-
ch
rika
n 3978
erpen
19 000 tons
elschrauben
rn der
r Line
e Schiffe.
Presse. =
Verpfelegung.
süchtlich
h New-York
nnerstags
oston.
durch:
Antwerpen,
raebener,
asse 215.
E
an

weiterturnvereine „sozialdemokratisch“. Es ist deshalb sehr auffällig, daß Herr Dr. Böhm das Schulerturnverbot auch auf die im fortbildungsschulpflichtigen Alter befindlichen ausgedehnt. In einem Schreiben des Volksschulrektors Karlsruhe vom 11. Mai an die frei Turnerschaft heißt es: „Wir beehren uns, Ihnen mitzuteilen, daß wir durch einen ministeriellen Erlaß verpflichtet sind, den Schülern und Schülerinnen im Volksschul- und fortbildungsschulpflichtigen Alter die Teilnahme am Turnen der freien Turnerschaft zu verbieten.“ Im Landtag waren es Ministerworte, während aus vorstehenden Zeilen Ministeriaten zu ersehen sind.

Aber Herr Dr. Böhm kann uns glauben, daß die Arbeiterturner nicht so ohne weiteres das Verbot hinnehmen. Sie werden sich wehren, so gut sie können, sie werden nach dem Grundsatz verfahren: „Auf einen Schmelzen anderthalb!“ Herr Dr. Böhm hat in dem Moment, wo er das Verbot erläßt und wegen angeblicher „sozialdemokratischer“ Politik in den Vereinen, diese zu schubriegeln versucht, nicht nur die Arbeiterturner zum Kampfe gerufen, sondern er trifft damit alle sozialistisch denkenden Arbeiter, die den Abwehrkampf der Arbeiterturner zu dem ihrigen machen werden. Selbst die in der deutschen Turnerschaft befindlichen sehr zahlreichen freigeistlich und sozialdemokratisch organisierten Arbeiter müssen, wenn sie es ehrlich mit ihrer Gesinnung als freie Gewerkschafter und Parteigenossen meinen, die Konsequenzen ziehen. Man sollte es nicht für möglich halten, daß Parteigenossen sich jetzt noch in der deutschen Turnerschaft befinden, ja oft noch Ehrenämter in derselben einnehmen. Als wertvolle Parteigenossen können solche nicht gelten. Man stelle sich einmal vor, der Minister Dr. Böhm behandelt die Arbeiterturnvereine und ihre Mitglieder als minderwertig, weil sie sozialdemokratisch sein sollen und die Schüler in sozialdemokratischem Sinne erziehen sollen. Hinter Dr. Böhm steht die freie gewerkschafts- und sozialistenfeindliche deutsche Turnerschaft, die Herr Dr. Böhm in seinem Vorhaben unterstützt und in dieser deutschen Turnerschaft sind Sozialdemokraten Mitglieder. Also: auf der einen Seite „Klassenbewußter Sozialdemokrat“ und „freier Gewerkschafter“, und auf der andern Seite ein strammer Kämpfer seiner eigenen Partei und Gegner einer sozialdemokratischen Erziehung. Das ist Gefinnungslumperei! Darum heraus aus diesen Vereinen! Stellt euch auch in die Reihen eurer Klassenossen und helft auch in dieser Beziehung mit an dem Aufstieg der Arbeiterklasse und macht nicht Männern à la D. Böhm, Dr. Götz usw. noch Handlangerdienste gegen eure eigenen Arbeitsbrüder! Auf zur Tat, auf zum gemeinsamen Kampf für Menschenrechte, für die Arbeiterturner! Wird dies Befehl, so wird Herr Dr. Böhm mit seinen schmarhigen Hintermännern eine Niederlage erleiden und die Arbeiterturner werden dann mit Siegesfreude ausrufen können: „Es leben unsere Freunde, die Feinde!“ E-e.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 16. Mai.

Am Bundesratslich Staatssekretär Dr. Delbrück. Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 10,20 Uhr. Zuerst Gegenstand der Tagesordnung ist die zweite Beratung des

Etat des Reichstags.

Abg. Lebour (Soz.): Unsere Geschäftsordnung bietet zu wenig Elastizität, um eine schnelle Erledigung der Arbeiten des Reichstags zu ermöglichen. Zünftige Sitzungen bis spätestens 6 Uhr sollten genügen, um die Arbeiten zu fördern. (Zustimmung.) Erreichlich ist, daß auch die Angehörigen der Presse gegen diese Ueberbürdung Stellung genommen haben. Mit Beginn der nächsten Session sollte durch Aenderung der Geschäftsordnung gründlich Wandel geschaffen werden.

Abg. Dr. Thoma (Nat.): Die Stenographen sollten nicht dem Präsidenten, sondern dem Reichstag selbst unterstellt werden. Das Büro, das sich zum größten Teil aus Akademikern zusammensetzt, muß selbständig werden. Die Herren müßten eine akzeptable Bezeichnung und den Rang höherer Beamten erhalten. (Beifall.)

Abg. Kist (Nat.): Das schlechte Vorborkommen in den Geschäften liegt zum größten Teil an der Regierung. Die Budgetkommission müßte früher mit den Etatsberatungen beginnen können. Vor allem aber sollten wir unser Bedebedürfnis einschränken. (Sehr richtig.) Wir verlangen in einer Resolution freie Eisenbahnfahrt für die Abgeordneten während der ganzen Legislaturperiode. Wir beantragen eine Kommission für Handel und Gewerbe.

Abg. Gruber (Zentr.): Das Diätengesetz hat wenigstens ein beschlußfähiges Haus gebracht. Die Ausdehnung der parlamentarischen Verhandlungen hält kein Mensch mehr aus. Vor allem müssen die Wiederholungen in der Kommission und im Plenum verschwinden. Noch heute wissen wir nicht, ob der Reichstag verlagert oder geschlossen werden soll. (Zuruf: Rücksichtslosigkeit!) Gegen diese Behandlung müssen wir Verwahrung einlegen.

Abg. Müller-Meinungen (F. Wp.): Bei der großen Zahl von neuen Entwürfen ist es fast nicht möglich, die Kommissionen voll zu besetzen. Es fehlt an einem harmonischen Zusammenarbeiten zwischen Reichstag und Bundesrat.

Abg. Frommer (Kons.): Wir lehnen den Antrag auf Einsetzung einer besonderen Kommission für soziale und Arbeiterangelegenheiten ab. Für die Ausdehnung der freifahrtkarten können wir nicht eintreten. Wenn absolut neue Kommissionen eingesetzt werden müßten, so würde ich für eine solche der Einschränkung der Freiheit (Hört, hört!), der Redefreiheit (Geheiß) eintreten.

Abg. Hüb (Soz.): Die stenographischen Berichte müssen schneller erscheinen. Präsident Dr. Kaempf sagt die Prüfung der vorgebrachten Wünsche zu.

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Dienstag, 19. Mai. A. 61. „Die Bohème“, Oper in 4 Akten von Puccini. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende nach 10 Uhr.
 Donnerstag, 21. Mai. 49. Vorst. auß. Ab. Meine Preise.
 „Die Meisterfänger von Nürnberg“ in 3 Akten von Richard Wagner. Anfang 6 Uhr, Ende gegen 11 Uhr.
 Freitag, 22. Mai. C. 61. „Jedermann“, das Spiel vom Sterben des reichen Mannes, erneuert von Hugo Hofmannsthal. Anfang 8 Uhr, Ende nach 10 1/2 Uhr.
 Samstag, 23. Mai. B. 60. „Cosi fan tutte“ (So machens Alle), komische Oper in 2 Akten von Mozart. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.
 Sonntag, 24. Mai. A. 62. „Die Fiedlermann“, Operette in 3 Akten von Johann Strauß. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.
 Montag, 25. Mai. C. 63. „Halsmann als Erzieher“, Komödie in 3 Akten von Otto Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.

In Baden-Baden:

Mittwoch, 20. Mai. 3. W. Vorst. Zum erstenmal: „Jedermann“, das Spiel vom Sterben des reichen Mannes, erneuert von Hugo Hofmannsthal. Anfang 8 Uhr, Ende nach 10 1/2 Uhr.

Der Antrag auf Einsetzung einer Kommission für Gewerbe und Handel wird angenommen. Die Abstimmung über den Antrag auf Einsetzung einer Kommission für soziale und Arbeiterangelegenheiten ergibt die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Der Präsident beräumt die Sitzung auf eine Viertelstunde später an. Rest der heutigen Tagesordnung. Schluß 12,20 Uhr.

Am Bundesratslich sind die Staatssekretäre Delbrück und Kräfte erschienen.

Präsident Kaempf eröffnet die Sitzung 12,45 Uhr. Zur Abstimmung stehen zunächst die Resolutionen zum Etat des Reichstags. Die Abstimmung über die Resolution auf Einsetzung einer Kommission für die Sozial- und Arbeiterangelegenheiten wird bei der 3. Lesung erfolgen. Die Resolution wegen dauernder freifahrtkarten wird angenommen. Der Etat für das Reichsmilitärgericht und der Ergänzungsetat für die Marine werden ohne Debatte erledigt.

Bei dem Ergänzungsetat für das Reichsmilitärgericht wird der Einnahmestitel „2 1/2 Millionen für das Grundstück Viktoriasstraße 84“ in Konsequenz der Ablehnung des Militärkabinetts gestrichen. Beim Etat der Reichsschuld bemerkt Abg. Zimmermann (Nat.): Der Wehrbeitrag bewahrte uns vor einer Schuldenvermehrung. Hoffentlich wird auch künftig ein strenges Finanzregiment geführt.

Der Etat wird bewilligt, ebenso der Etat des Rechnungshofes. Beim Etat des Reichspensionsfonds empfielt Abg. Erberner (Zentr.) eine private Anstalt für pensionierte Offiziere an Stelle der amtlichen.

Generalmajor Langemann v. Erlencamp: Die verfassungsrechtlich eingeführte amtliche Stelle muß besonders die schwachen Angelegenheiten erledigen. Der Etat wird bewilligt. — Es folgt der Rest des Postetats.

Staatssekretär Kräfte: Der Bundesrat hat sich entschlossen, die nichtpensionfähige Zulage für die Postbureaubeamten in pensionsfähige Zulagen umzuwandeln und für die übrigen Beamten die Konsequenzen zu ziehen.

Auf Vorschlag des Vizepräsidenten Dr. Poschke werden die etatsmäßigen Konsequenzen aus dieser Erklärung der dritten Beratung vorbehalten.

Abg. Antz (Soz.): Der Zustand bei der Oberpostdirektion in Braunschweig hat sich noch nicht gebessert. Vor allem müßten bei allen Oberpostdirektionen Beamtenauschüsse eingerichtet werden. Redner will dann ausführlich auf die Beamtenauschüsse eingehen, wird aber von dem Vizepräsidenten daran gehindert mit dem Hinweis, daß eben erst eine Resolution betr. die Arbeiterauschüsse angenommen worden ist. Der im Postwesen ahnungslose Oberpostdirektor fährt im Auto spazieren, statt sich um den Dienst zu kümmern. (Vizepräsident Krafte: Sie dürfen derartige Angriffe nicht in so beleidigender Form gegen Beamte erheben, die sich hier nicht verteidigen können.)

Staatssekretär Kräfte: Ich verzichte darauf, dem Abg. Antz auf alles zu antworten. Die Absicht der Angriffe liegt klar zu Tage. Unsere Unterbeamten sind brave Leute.

Eine Resolution auf Anrechnung der Arbeiter- und Handwerkerdienstjahre bei der Uebernahme von Unterbeamten wird angenommen und der Etatrest bewilligt.

Beim Etat der allgemeinen Finanzverwaltung führt Abg. Meise (Widnat.) aus: Die Zuderindustrie ist geradezu in eine Katastrophe gebracht worden. Durch die Prüfseller Zuderföndation sind wir völlig ins Hintertreffen gekommen. Die Zuderindustrie wird dem Reichsschatzsekretär keine Lorbeeren winden.

Staatssekretär Mühl: Ich bin auf das äußerste überrascht, als Feind der Zuderindustrie hingestellt zu werden. Ich habe das gleiche Interesse für die Zuderindustrie wie früher. Unglückliche Perioden bedauern ich. Die Zustimmung zur Prüfseller Zuderföndation war eine Notwendigkeit. Etwa 70 Prozent unseres gesamten Zuderexports geht nach England. Wie denkt sich, wenn dieser Export aufhört, der Vordröner das Fortbestehen unserer Zuderfabriken?

Abg. Wurm (Soz.): Der Abfall auf dem Auslandsmarkt ist unklar. In England kommt für uns die Konkurrenz Kubas und die Zuderindustrie Englands selbst in Betracht. Die Spirituszentrale und der Ring der Kartoffelproduzenten legen den Konsumanten neue Lasten auf.

Abg. Roth (F. Wp.): Geholfen werden kann uns nur, wenn die Zudersteuer herabgesetzt wird. Was hätte uns aber aller Kampf bei der Zuderföndation geholfen, wenn England und die Einfuhr von Zuder verboten hätte? Die im vorigen Jahre zur Bienerfütterung steuerfrei gelassene Menge Zuder von fünf Kilogramm für jedes Volk Wien genügt nicht.

Ein Regierungsvertreter: Eine amtliche Ueberwachung, daß dieser Zuder auch wirklich zur Bienerfütterung verwendet wird, ist nicht möglich. Wir müssen uns vorläufig auf fünf Kilogramm beschränken.

Abg. Dr. Baasche (Nat.): Durch die einfache Aufhebung der Zudersteuer wird der Konsum nicht gesteigert werden. Wir sollten unsere gut entwickelte Zuderindustrie mit allen Mitteln fördern.

Abg. Dr. Arendt (Reichsp.): Eine Herabsetzung oder Aufhebung der Zudersteuer würde selbstverständlich keinen hohen Konsum herbeiführen. (Sehr richtig.) Der Staatssekretär möge diese Frage im Auge behalten.

Abg. Kretsch (Kons.): Wir wären bereit, auch jetzt für die Abschaffung oder Ermäßigung der Steuer einzutreten, wenn Erfolg für die ausfallenden Einnahmen geschaffen würde. Die Klagen über die Spirituszentrale sind ungerechtfertigt.

Abg. Siebenbürgen (Kons.): Durch die aus Ausland eingeführte Meise, in der sich viel Mehl befindet, werden die Mühlen, die Landwirtschaft und nicht zuletzt die Finanzverwaltung geschädigt.

Ein Regierungsvertreter gibt Aufschluß über die technische Behandlung der Meise.

Abg. Feater (Postsch.): Die Einfuhr von Meise ist für die kleinen Landwirte von größter Bedeutung.

Abg. Wolfenbuter (Soz.): Den Mühlen kann nur durch Aufhebung des Einfuhrschonens geholfen werden.

Abg. Kretsch (Kons.): Eine so wichtige volkswirtschaftliche Frage sollte nicht vor einem müden und langsam besetzten Hause behandelt werden. Sollen wir die Augen zumachen, wenn Ausland uns wirtschaftlich und politisch schädelt?

Staatssekretär Mühl: Vom Regierungstisch ist nur auf die Schwierigkeit hingewiesen worden, die die Regelung dieser Materie verursacht.

Abg. Siebenbürgen (Kons.): Ich verlange, daß der Zollgesetzgebung Rechnung getragen wird. Dazu gehört auch die Verzollung des Mehls und der Meise.

Nach längeren Ausführungen des Sozialdemokraten Stadthagen (Soz.) und Eohn (Soz.) wird darauf das Spionagegesetz in 2. Lesung in der Fassung der Kommission angenommen. Unter Abhebung der übrigen Gegenstände von der Tagesordnung werden dann noch einige Petitionen ohne Debatte erledigt. Nächste Sitzung Montag 12 Uhr. Rechnungsachen, kleinere Vorlagen, Militärtraktatgebühren, Reorganisationsordnung, 3. Lesung des Etats. Schluß gegen 1/2 11 Uhr.

Don der Preisjägererei.

Die neulichen Verhandlungen des badischen Landtags und die scharfe Stellung, die der Kultusminister Böhm gegen die Arbeitergesangsvereine eingenommen hat, haben vielen bisher indifferenten Sängern die Augen geöffnet und ihnen gezeigt, daß ihr Platz nicht in einem „wilden“ oder „teutschen“ Gesangsverein ist, sondern in den Reihen ihrer Kollegen, mit denen sie auch auf dem Gebiete der Politik und des Gewerkschaftskampfes zusammenarbeiten. Dem Herrn Minister sei hiermit der Dank des Arbeiterfängerbundes ausgesprochen, für die ersprießliche unfreiwillige Agitationsarbeit, die er mit großem Fleiß und Erfolg für unsere Sache geleistet hat.

Leider aber sind immer noch eine große Anzahl von Sängern vorhanden, die den Weg in den Arbeitergesangsverein noch nicht gefunden haben. Mancher läßt sich vom Eintritt dadurch abhalten, daß ihm bei den Arbeiterfängern keine Gelegenheit geboten ist, sich und seinem Verein Preise für seine Gesangsleistungen zu erobern. Gar mancher, der am Vierterlich sich über Ordens- und Titelnarren lustig macht, kann sich nicht fassen vor Stolz und spreizt sich wie ein Pfau wegen der bledernen Pokale und wegen der Anhörner, die er auf der Preisjagd seinem Verein hat erfinden helfen.

Wie es zugeht bei diesen Preisjagden und nachher, dafür heute zwei ergötzliche Belege, die hoffentlich manchem zeigen, was für eine würdige Rolle er dabei spielt, und wie sehr recht der Arbeiterfängerbund getan hat, als er — schon lange übrigens — das Preisjagen abgeschafft hat.

Am Niederrhein fand neulich ein solcher „großer Gesangswettstreit“ statt, bei dem, wie bei vielen solchen „nationalen“ Festen auch ein Kaiserpreis herausgegeben wurde. Ein Fabrikfängerverein in einer sehr großen Stadt am Niederrhein hat sich zu diesem edlen Wettstreit mit folgendem Schreiben angemeldet:

„Unterzeichneter Verein meldet sich zu Ihrem bevorstehenden großen Gesangswettstreit mit 56 Sängern an. Mit der Voraussetzung, daß Sie uns den Kaiserpreis sowie die vorherige Angabe der Preisrichter zusichern.“

Mit deutschem Sängergesang
 Fabrikfängerverein

So gehts bei manchem Preisjagen zu. Man teilt sich schon vorher in die Preise, die von Fürsten und Protoktoren gestiftet werden. Und das ist gut so. Denn wenn man sich nicht vorher über die Preise einigt ist, dann kommts manchmal vor, daß man hintennach über die Preise uneins wird, wie es neulich in der Nähe von Heidelberg vorkam.

Da hat ein in Karlsruhe nicht unbekannter echt „germanischer“ Verein, in dem sich leider noch viele Arbeiter herumtreiben, ible Erfahrungen machen müssen, weil er den „Großherzogpreis“ erobert hatte. Ein anderer Verein, der auch schon seine Augen auf den „herrlichen“ Pokal geworfen hatte, der zu seiner Betrübnis aber sehen mußte, wie die Karlsruher das Kleinod entführen wollten, geriet darob in gerechten Zorn. Und es kam zu einem echten Sängerkrieg. Während man vorher die Kraft der Rehlen gemessen hatte, gabs jetzt einen Wettstreit der Fäuste. Mutig trug der Fahnenträger der Germanen den Seinen das sturmerprobte Banner voran. Aber o weh! Er und die Fahne blieben nicht heil in dem mörderischen Kampf. Dem „Feind“ gelang es zwar nicht, das Banner zu erobern, aber einen Teil der Fahnenstange konnte er als Siegestrophäe mit nach Hause bringen. Das mag für den Feind wenigstens ein kleiner Trost dafür sein, daß ihm der Großherzogpreis entwischt ist. Die Germanen dagegen fuhren mit Beulen und der andern halben Fahnenstange wieder heim.

So sieht die Preisjägererei aus, wenn man etwas näher zuschaut. Aufrechte Männer sollten sich zu solchen Kommodien nicht hergeben. Und Arbeiter insbesondere sollten etwas vernünftiger sein, als daß sie derartigen Schlorum mitmachen. Für Arbeiter, die der Gesangsunfl dienen wollen, die aber dabei auch Wert legen nicht nur darauf, wie man singt, sondern auch darauf, was gesungen wird, ist Platz nur im Arbeiterfängerbunde. Hier ist jedem Gelegenheit geboten, zusammen zu sein mit Kameraden, die auch sonst draußen im Leben als gute Kollegen gelten; es ist hier dem Arbeiter auch möglich, das im freien Viede zum Ausdruck zu bringen, was er und seine Freunde im Herzen fühlen.

Deshalb, Arbeiter! Heraus aus den bürgerlichen und wilden Vereinen, wo man auch doch nur über die Köpfe anschaunt; hinein in die Arbeitergesangsvereine.

Der Gauvorstand des badischen Arbeiterfängerbundes.

Kommunalpolitik.

Ein Monist taugt nicht zum Stadtrat.

Wie wir kürzlich meldeten, wurde in Gera, der Hauptstadt von Neuh. L., der von der früheren sozialdemokratischen Mehrheit zum Stadtrat gewählte Rechtskonsulent Wilhelm Hartmann vom Ministerium nicht bestätigt, da Hartmann sich nicht mit seiner atheisistischen Gesinnung gemüge, sondern angriffsweise und agitatorisch gegen die christlichen Religionsgesellschaften vorgehe. Den politischen Schmüßlern war dabei eine fatale Personenüberdrehung passiert. Was über den Rechtskonsulenten Hartmann berichtet worden war, traf auf den Zigarettenmacher Hugo Hartmann zu. Gemeinderat, Konsilienbund und der nichtbestätigte Hartmann legten Beschwerde beim Gesamtministerium ein. Auf eine Interpellation unserer Genossen hin erklärte der Bürgermeister, die Personenverwechslung werde vom Stadtrat als peinliches Versehen betrachtet und die Sache selbst zur nachmaligen Erörterung an das Ministerium zurückgegeben. Das Ministerium hat nun dahin entschieden, daß auch der richtige Wilhelm Hartmann nicht zum Stadtrat taugt, weil er eine Petition wegen Aufhebung bezw. Reformierung des Religionsunterrichts in den Volksschulen mit unterzeichnet habe. Damit habe Hartmann zu erkennen gegeben, daß er über das Niveau des gewöhnlichen Anhängers des Monismus habe hinaustraten wollen. Die Petition selbst wird vom Ministerium als demagogischer Angriff auf die Staatskirche betrachtet. Der nichtbestätigte Hartmann wird nun noch das Verwaltungsgericht anrufen.

Die Bürgerauswahlverfahren in Pforzheim. Die Erneuerungswahlen zum Bürgerauswahlverfahren in Pforzheim finden statt für die 1. Klasse am 22. Juni, vormittags 11 bis nachm. 7 Uhr; für die 2. Klasse am 18. Juni vormittags 11 Uhr bis nachmittags 7 Uhr; für die 3. Klasse am 15. Juni von vormittags 12 Uhr bis nachmittags 8 Uhr. Die Gesamtzahl der Wahlberechtigten beträgt 12 816, davon entfallen auf die 1. Klasse 2136, auf die 2. Klasse 4272; auf die 3. Klasse 6408.

r. Aus dem Bürgerauswahlverfahren von Heidelberg. Der Bürgerauswahlverfahren in seiner Sitzung vom 14. ds. Mts. 18. Vorlagen. Der neugewählte Bürgermeister Dr. Drach wählte erstmals der Sitzung an. Aus dem Wütenstrauch der Vorlagen sei folgendes herausgegriffen: Um sein Rathausbaugelände nach Osten zu zu arondieren kaufte der Stadtrat das alte Wirtshaus zum „Großen Saal“ zum Preis von 145 000 M. hinzu. Vorher wird es für 6000 M. weiterverpachtet. — Das Netz der Straßenbahnen wird noch dieses Jahr eine recht erfreuliche Erweiterung erfahren, da der Bürgerauswahlverfahren einstimmig 522 000 M. bewilligte, um eine Straßenbahn nach Schmiechingen zu erbauen. Die Linie wird 1914 bis nach Eppelheim fertig gestellt werden. Die Bahn wird durch die Stadt erbaut, welche sie dann zu einer 6,5 proc. Verzinsung (= 29 260 M.) an die Heidelberger Straßen- und Bergbahn A.-G. weiterverpachtet. Stadteigene Bahnhöfen laufen dann 8 an der Zahl, außer der Bergbahn. — Die Stadteile Handschuhsheim und Schlierbach werden mit einem Aufwand von 231 700 M. an die elektrische Energie angeschlossen. Desgleichen wird der Strom im Stadteil Neuenheim mit einem Aufwand von 90 000 M. verstärkt. — In die Gewerbeschule werden von jetzt ab auch die weiblichen Lehrlinge der Schneiderinnen, Putzmaschinen usw. eingewiesen werden. (90 Schüler). — In einem interessanten Kampf zwischen bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratischen Partei kam es über das Prinzip der Handelsjahresschule, welche von den sozialdemokratischen Abgeordneten abgelehnt wurde, mit der Forderung, die Handelsjahresschule auszubauen, anstatt privilegierte Schulen für die bemittelteren Klassen zu schaffen. — Nicht lebhaft wurde es auch bei der Stadt. Vorlage über die Erteilung einer Vollmacht zur gelegentlichen Aufnahme von Anleihen im Gesamtbetrag von 10 Millionen Mark. Die einen wollten nur Vollmacht über 5 Millionen, die anderen über 7 Millionen geben, wieder andere monierten den angebotenen Zinsfuß. Nach endlosen Debatten folgte der städtische Antrag, 10 Millionen zur gegebenen Zeit getrennt aufzunehmen zu einem Zinsfuß von 4—4½ Prozent. Das Anleihen wird in auf den Inhaber lautende Schuldscheine ausgegeben. — Als letzte Vorlagen wurden die Gehälter der neugewählten Bürgermeister festgesetzt. Es erhält der 1. Bürgermeister (bisher 2. Bürgermeister) 8000 M. jeht 9000 M. In 6 Jahren (2 Malen) werden 10 000 M. erreicht sein. Der 2. Bürgermeister, Reg.-Baumeister Dr. Drach, erhält Anfang 8000 M., steigend in 4 Jahren à 2 Jahre auf 8000 M. — Die Nationalliberalen boten der Welt wieder das politische Trauerspiel, daß einige ihrer Vertreter Vorlagen beschließen halfen und dann in der Bürgerauswahlverfahren mit derselben Heberzeugung dagegen zu stimmen. Eht national-liberal!

Ein Zentrumsieg. Bei der Bürgermeisterwahl in Neustadt i. Schw. wurde der Kandidat des Zentrums Hauptlehrer Adolf Winter mit 37 Stimmen zum Bürgermeister gewählt. Der selbstberge Bürgermeister Adolf Schorf (Lib.) erhielt 32 Stimmen.

Die Schulsteuerfrage. Unserem Artikel in Nr. 112 sind zwei fesselnde Fehler unterlaufen. Es muß an gegebener Stelle heißen: Auch die Gemeinde Pforzheim hat das nachgesuchte Wotstreu noch nicht erhalten. Ferner ist a. a. O. nicht, wie vermutet wird, Streu verkauft worden, sondern Straß. Wir bitten, das richtigzustellen.

Ärztliche Untersuchung der abgehenden Volksschüler. Die Frage der ärztlichen Untersuchung der abgehenden Volksschüler mit Rücksicht auf ihre Berufswahl wird schon seit einiger Zeit in Erwägung gezogen. Durch die Ausführungsbestimmungen zum Schulgesetz ist nunmehr Klarheit über die Tätigkeit des Schularztes geschaffen. Der Stadtrat von Freiburg hat nun die fatalistische ärztliche Untersuchung der Lehrlinge fuchenden Knaben hinsichtlich ihrer Berufswahl durch den Schularzt genehmigt. Als Zeitpunkt des Beginns dieser Maßnahme ist der 1. Oktober ds. Js. bestimmt worden.

Aus dem Lande.

Durlach.

Sozialdemokratischer Verein. Auf die morgen Dienstag abend pünktlich 8 1/2 Uhr im „Schwanen“ stattfindenden Mitgliederversammlung mit dem Vortrag von Gen. Kolb über: „Die Volksschuldensätze im badischen Landtag“ machen wir nochmals aufmerksam. Insbesondere erwarten wir, daß die Mitglieder der Bürgerauswahlverfahren fraktion möglichst vollständig erscheinen. (Siehe Vereinsanzeiger.)

Verhaftet wurde am Samstag nacht der hier wohnhafte ledige 20jährige Arbeiter S. Geist unter dem dringenden Verdacht, vor etwa 14 Tagen auf der Stupfericher Straße an einer Frau von Stupferich einen Raubversuch verübt zu haben. S. hat die Tat bereits eingestanden.

Das 50jährige Jubiläum des Gefangenenvereins „Ara“, das der Verein am gestrigen Sonntag beging, war auch von auswärtigen Gefangenen stark besucht. Am Vormittag fand unter sehr starker Beteiligung ein Festkonzert in der „Festhalle“ statt. Am Nachmittag bewegte sich ein großer Festzug durch die festengeschmückten Straßen der Stadt. Leider war das Wetter ungünstig.

Wittlingen.

Auf die Vertretungsmännerprüfung, welche heute abend bei Densle stattfindet, machen wir die Gewerkschaften und Sportvereinsleitungen nochmals aufmerksam.

Voranrichtungsberatung. (Fortsetzung.) Die Ausgabepositionen. Zu verschiedenen Beanstandungen und Wünschen des Voranrichtungs für Bauunterhaltung und die vorgesehenen Ausgaben für Grundstücke etc. Veranlassung. Unsererseits wurde die enorme Ueberschreitung der Ausgabe für die Renovierung des Lauerturms (Voranrichtungs 700 M., Ausgabe 1800 M.) beanstandet, wobei der Vorsitzende aber kategorisch diesen Punkt zur Beratung bei dem Rechnungsbericht bewies. Auf einer Beschwerde unsererseits, die Lüftungverhältnisse in der Festhalle betr., teilt der Vorsitzende mit, daß Ventilatoren eingebaut werden. Eine Verbesserung des Kurbetriebes kann mit dem Freiwerden des alten Schloßes erfolgen. Einem von uns gestellten Antrag, die Befestigung der Straßen möglichst mit Obstbäumen vorzunehmen, will die Stadtverwaltung zunächst nicht zustimmen. Gemeindevater Raab und W. M. Bauinger (Zentr.) wenden sich gegen den Antrag, sie halten ihn für nicht zweckmäßig. Weiter äußerten wir Wünsche nach Einfriedigung und Wasserzuführung der Schrebergärten, Sparsamkeit bei der auswärtigen Infiltration von Holzverfälscherungen, Herrichtung der alten Brunnenstuben, bessere Instandsetzung der Geweige und Verpflanzung derselben im Sommer, Aufbesserung des Holzartenwärters

und anderes mehr. Teilweise kann den geäußerten Wünschen Rechnung getragen werden. Gegenüber Ausführungen, daß Offiziere des Karlsruher Reitervereins bei ihren Schnitzjagden städtische Anlagen beschädigten, ohne daß sie, wie das worden wäre, wendet sich der Kulturmeister Mader. Er mußte jedoch zugeben, daß man sich mit der Entschädigung begnügt hat. Andere Leute kämen nicht so glimpflich weg. Beim Titel „Volksschule“ stellten wir den Antrag, das ganze Volksschulwesen flächendeckend zu erfassen und die Rechnungsberichte den Bürgerauswahlverfahrenmitgliedern zugehen zu lassen, denn erst dann könne man sich über die Verhältnisse an unserer Volksschule richtig orientieren. Die vorhandenen Schulräte sind schon lange unzureichend und einzelne Klassen überfüllt. Das Wädchenturnen gehöre eingeführt und auch für Ferienkolonien Vorsorge getroffen. Diese Ausführungen brachten den Gemeinderat Raab in die Walle, jedenfalls nicht abbrechen und so befristete er mit seiner beiseitigenden Bemerkung, als ob die Sozialdemokratie „Theater“ spiele, nur die vorgebrachten Mängel. Es wurde deshalb auch mit Recht unsererseits der Vorwurf Raabs energisch zurückgewiesen. (Schluß folgt.)

Baden-Baden.

Tagung. Die südwestdeutschen Neurologen und Frauenärzte halten ihre diesjährige Wanderversammlung am 23. und 24. Mai im Blumenjale des Konversationshauses daher ab. In der ersten Sitzung am Samstag vormittag sollen Vorträge von Kranken erfolgen. Am die zweite Sitzung am Nachmittag schließt sich ein gemeinsames Essen im Restaurant des Kurhauses an. Die dritte Sitzung findet Sonntag vormittag statt. Es sind im ganzen 23 Vorträge angemeldet.

Die Thermen besser als alle anderen Heilmethoden. Es hatte eine Zeitlang den Anschein, als könnten die zahlreich neuentdeckten Heilmethoden, die in den letzten Jahren, namentlich durch die Fortschritte der Elektrotherapie, dem ärztlichen Eingreifen in die Hand gegeben worden sind, die natürlichen Heilquellen in den Hintergrund drängen. Das selbe glaubte man von neueren ernährungs-therapeutischen Maßnahmen erwarten zu sollen, welche durch das tiefer Einbringen in die chemisch-biologischen Vorgänge des Organismus neue Wege gewiesen worden sind. Man kann nun hier die Beobachtung machen, daß Siphiler und Rheumatiser, sowie an Nerven der Lustschwermung zu den altbewährten Thermen zurückkehren. In unseren Badeanstalten ist deutlich zu sehen, daß der Ruf des Thermalbades und Thermalbades und der Inhalationskuren bei Kranken und Patienten in seiner Weise fort gelitten hat und daß man zu ihren Heilkräften immer wieder mit neuem Vertrauen zurückkehrt. In der Erscheinung flucht behaupten die Thermen ihren durch Erfahrung und Erfolg bestätigten Ruf. Die in den Thermen ruhenden Heilkräfte, die natürliche Wärme, ihre festen Bestandteile und die Radioaktivität haben durch die wissenschaftlichen Ergründungen der neueren Zeit eine fördernde, die Empirie stützende Deutung erfahren. Die vorhandenen Einrichtungen gestatten, dieselben gleichzeitig durch Bäder, Trankuren und Einatmung der natürlichen Natriumemanation zu sich gegenseitig ergänzender und gesteigerter Wirkung zu bringen. Was die Natur hier spendet, ist unerschöpflich und nichts zu vergleichen. Die ganze Entwicklung Baden-Badens lehrt, daß es eine von Zufälligkeiten unabhängige Heilquelle geworden ist, der die Natur dauernd und die Monate Lebensfrohen Verlebens als Epiphenomen, einen unvergleichlichen Schmutz und schimmernden Reiz verleiht.

Die Freizeiter der sich hier zur Kur aufhaltenden Fremden hat die Zahl 17 584 erreicht.

Offenburg.

Frauen im Gemeindefreiw. Wie die Presse meldet, ist kürzlich die erste Frau in den Berliner Armenrat gegen eine erhebliche Minderheit gewählt worden. Die Stadt Offenburg genießt schon seit einer langen Reihe von Jahren den Vorzug, die erste Stadt Deutschlands zu sein, die auf Antrag unserer Genossen M o n a s c h Frauen in den Armenrat berief. Aufserbeste hat sich diese Tätigkeit der Frauen im Rathaus — wie jetzt in vielen Städten — bewährt. So wird auch später mit der Wahl von Frauen in anderen städtischen Ämtern sicher sich der gleich gute Erfolg zeigen.

Vom Bahnhof. Unser Bahnhof steht bekanntlich, was Unbequemlichkeiten für das reisende Publikum betrifft, einzig da. Ganz abgesehen von dem Fehlen einer mittleren Unterführung, hat der Reisende mit seinem Handgepäck einen ständigen Kilometerweg dreimal hin und her zu machen, wenn er seine Sachen zum Aufbehalt geben will. Hunderte scheuen deshalb einen kurzen Besuch unserer schmutzigen Stadt Offenburg. Mit Leidlichkeit hätte man die Stadt vor diesem steilen Abhang dadurch bewahren können, wenn man das leer stehende Lokal am südlichen Bahnhof als kleines Gepäckbureau verwendet hätte. Aber nein, um ein paar Mark viele herauszuschlagen, hat man nun das Zimmer an die Straßenbahn Straßenbahn, die auf Wilschke Offenburgs, trotz 130 000 M. Betrag, nie einget, verpachtet. Nur immer geduldi und zufrieden, das ist hier die Parole.

Forbach, 15. Mai. Im März fand bekanntlich auf der Ortsstraße eine Schlägerei statt, bei der ein Italiener so schwer verletzt wurde, daß er einige Tage darauf starb. Vor einiger Zeit wurden zwei Wunden verhaftet, unter dem Verdacht, an der Schlägerei beteiligt gewesen zu sein. Gestern wurden drei weitere Verhaftungen vorgenommen, so daß nun 5 Personen ermittelt sind, die an der Affäre beteiligt waren. Ob der Haupttäter darunter ist, konnte noch nicht festgestellt werden.

Pforzheim, 16. Mai. Der verheiratete Kaufmann C a r t a r i u s, welcher hier, früher in Karlsruhe, ein Delikatessengeschäft betrieb, machte seinem Leben durch Erschießen ein Ende.

Mannheim, 17. Mai. Beim Abladen von Bierfässern wurde ein Bierfässer durch ein stürzendes Faß schwer verletzt; er wurde ins Krankenhaus gebracht.

Mannheim, 17. Mai. Der Polizei gelang es gestern, einen Verbrecher in Frauenkleidern in der Nähe des Zuegalanals am Bahnhof festzunehmen. Schon seit mehreren Tagen wurden einzelne Herren, die abends im Schloßgarten spazieren gingen, durch eine sich dort herumtreibende Frauensperson ungeduldig angeempelt und jedesmal fehlte ihnen, als sie sich entfernte, ein Wertgegenstand. Die Kriminalpolizei übernachtete deshalb während der letzten Nächte den Schloßpark und heute früh ließ ihr die Pseudo-Frau in die Hände. Es ist ein alter Verbrecher, den sie erwischt hat: der 41 Jahre alte Keller Franz J e i s c h m a n n aus Ripsberg in Oberbayern, ein vielfach verurteilter Justizhäftling; er war Ende April aus dem hiesigen Krankenhaus entlassen worden und hat sich seither herumgetrieben.

Mannheim, 16. Mai. Einem Schwindler ist hier der Kaufmann Wilhelm Sander aus Karlsruhe in die Hände gefallen. Auf eine Anzeige in Mannheimer Blättern, wonach eine Maschinenfabrik einen kautionsfähigen Mann als Portier suchte, meldete er sich. Er erhielt darauf eine von Mannheim betriebene Aufforderung, sich am nächsten Tage bei dem Vertreter der Maschinenfabrik, Dr. phil. A. Felden, mit den Zeugnissen und mit Kautionsnachweisen zu melden. Der angebliche Dr. Felden sah die Papiere durch, brachte sie anscheinend in einen Kasten, bestellte diesen und gab ihm den Sander mit der

Aufforderung, nach Mannheim zu fahren und sich in der Fabrik vorzustellen. Als Sander nach Mannheim kam, wurde er gewarnt, daß die Fabrik, für die er engagiert war, in Mannheim überhaupt nicht existiert. Als er den Briefumschlag öffnete, fand er eine zerrissene Zeitung darin. Der angebliche Dr. Felden hatte das Sparloosenbuch und die Militärpapiere Sanders auf die Seite geschafft und aufgrund des Buches das Guthaben des Sanders abgehoben. Zur Legitimation dienten ihm dabei die Militärpapiere Sanders. Der Schwindler ist ein Mann der 30er Jahre.

Drängen, 17. Mai. Die Rufe des Schuhmachers Freitisch scheuten vor einem Motorrad, gingen durch und rannten mit dem Wagen gegen einen Baum. Das 8 Jahre alte Kind des Jonaas K e s s i n g erlitt einen Bruch der Wirbelsäule und starb bald darauf.

Pfingststreife der Arbeiterunion Zürich.

Wir machen diejenigen Genossen und Genossinnen, die heute diese Reise wiederum mitmachen wollen, darauf aufmerksam, daß die Billetverkauf in den nächsten Tagen geschlossen werden muß. Die Reise selbst geht dieses Jahr über den Gotthard nach Mailand. Ankunft in Mailand Pfingstsonntag morgens 11 Uhr, Rückfahrt Pfingstmontag mit Fahrt auf dem Luganosee und Ankunft in Zürich Pfingstmontag abends gegen 11 Uhr. Der Fahrpreis beträgt 26 M. und ist dabei die Fahrt ab Zürich, die beiden Mittageessen, Frühstück und Abendessen inbegriffen. Billetten gegen Einzahlung des Betrages und 30 Pf. Porto für eine Sendung bei Karl W a r d h ö f e r, Stuttgart, Notendruckerei.

Wie „berühmt“ wird. Zu dem von uns in der Nr. 111 unseres Blattes unter vorstehender Ueberschrift gedruckten Artikel, in dem wir die von Herrn Wiffinger seinerzeit an uns gerichtete Berichtigung kritisierten, teilt uns Herr Wiffinger mit, daß er sich im Trauerhause und am Grabe bei der Beerdigung in Wilschke anständig betrogen habe. Nach der Beerdigung sei er allerdings mit Bekannten in der Wilschke gewesen, wo geschätzt worden sei. Daß seine Angaben stimmen, geht daraus hervor, daß die Hinterbliebenen selbst sowie eine Anzahl Leute in Wilschke, die nicht bei ihm befristigt sind, das Schriftstück unterschrieben, auf dem bestätigt wird, daß er sich korrekt betrogen habe. In der genannten Beerdigungskasse lebte das Geld das Recht zweier geladenen Fingern ab, weil diese Fragen nichts mit dem Gegenstand der Klage zu tun hatten.

Soziale Rundschau.

Die erste Generalversammlung der Volksfürsorge wird vom Vorstand für Samstag, 13. Juni 1914, nach Hamburg einberufen. Die Rechte und Aufgaben der Generalversammlung sind geregelt in den §§ 24 bis 32 des Gesellschaftsvertrages. Teilnahmerechtigt sind die Aktionäre. Jede Aktie gewährt das Stimmrecht. Den Aktionären werden innerhalb der letzten beiden Wochen vor der Generalversammlung Eintrittskarten und Stimmzettel überhandt.

Der Generalversammlung werden die Geschäftsergebnisse des ersten Geschäftsjahres vom 1. Juli bis 31. Dezember 1913 vorgelegt werden, die sie zu prüfen und über die Verwendung der erzielten Geschäftsergebnisse zu beschließen zu lassen hat.

Die vom Vorstand im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat unter Ziffer 5 der Tagesordnung vorgeschlagenen Änderungen des Gesellschaftsvertrages betreffen eine rein redaktionelle Änderung des § 23 und die Neueintragung eines Paragraphen betreffend die Verwendung etwa vorhandener Ueberschüsse bei Auflösung der Gesellschaft.

Da die Geschäftsergebnisse für das erste Halbjahr sowohl in Hinblick auf die Antragsproduktion als auf den finanziellen Erfolg sehr erfreuliche sind, darf man der Generalversammlung mit Freuden entgegensehen.

Die Funktionen der Volksfürsorge in allen Teilen des Reiches, die durch ihre mühe- und opferreiche Arbeit die Erfolge ermöglicht haben, dürfen ihren schönsten Lohn darin sehen, wenn die Generalversammlung schon im ersten Jahre der Gewinnreferate der Versicherten eine nennenswerte Summe zuführen kann.

Fleisch- und Hundfleischkonsum. — Folgend der Zeiterwartung. Der soeben veröffentlichte amtliche Bericht des statistischen Reichs- und Viehhofs für Augsburg für das Jahr 1913 weist einen weiteren erheblichen Rückgang der Schlachtungen und des Fleischkonsums auf. Der Verbrauch an Fleisch betrug im Jahre 1913 pro Kopf der Bevölkerung 64,4 Kilogramm. Gegenüber dem Vorjahre ist der Konsum um 2,6 und gegenüber dem Jahre 1910 um 12,6 Kilogramm zurückgegangen. Gleichzeitig hat der Konsum an Pferdefleisch ständig zugenommen, und im Jahre 1913 betragen der Bericht zum erstenmal das gewerkschaftliche Schlachten von Hunden im städtischen Schlachthof. — Der Bericht konstatiert ausdrücklich, daß nicht ein Mangel an Vieh die Ursache des Rückgangs der Schlachtungen und des Fleischkonsums gewesen ist, sondern lediglich die teuren Fleischpreise. Und trotzdem die Absperrung vor dem Auslande im Interesse der Agrarier.

Waldorf, 14. Mai. Ein Fleischerzeitung, bei dem das Publikum einen Vorteil hat, ist, wie das „Heidelberger Tagblatt“ berichtet, hier zwischen den alteingesessenen Metzgern und einem neuzugezogenen Metzger ausgebrochen. Um diesen Kampfartig zu machen, haben die vereinigten Metzger die Fleisch- und Würstpreise ganz auffallend herabgesetzt. Lohes- und Wurstpreise kosten a. B. 50 Pf. das Pfund, Rindfleisch 64 Pf. und Schweinefleisch 70 Pf.

Bewerkschaftliches.

Vorbereitungen zur Polizeiaktion. In Augsburg veranstalteten am 16. Februar die Textilarbeiter im Anschluß an eine große Versammlung einen Demonstrationzug vor das Rathaus, um gegen den ihnen anstelle des geforderten freien Samstagvormittags aufgegebenen Montagfeiertag zu protestieren. Der Zug verlief ohne Zwischenfall, auch das Eingreifen der Polizei erforderte nichts. Wegen Veranlassung eines polizeilich nicht angemeldeten Aufzuges wurden nun drei Teilnehmer mit Strafmandaten von je 50 M. bedacht. Neben dem Galleiter des Deutschen Textilarbeiterverbandes hatte die Polizei ganz willkürlich zwei andere Teilnehmer herausgegriffen, den Parteisekretär und einen Schuhmachermeister, die mit der Veranlassung nicht das geringste zu tun hatten. Während der Galleiter den Strafbefehl annahm, beantragte die beiden anderen richterliche Entbindung. Das Amtsgericht Augsburg sprach dann auch beide unter Ueberbürdung der Kosten auf die Staatskasse frei, da das Vereinsgesetz nur die Veranlassung, nicht aber die Teilnehmer eines nicht genehmigten Aufzuges mit Strafe bedroht.

1500 Arbeiter abgesperrt. In der Gussstahlfabrik in Döhlen bei Dresden sind zirka 1500 Arbeiter abgesperrt worden. Die Aussperrung wurde als Antwort auf eine Lohnbewegung der Former und Gießereiarbeiter verhängt. Die Direktion lehnte deren Lohnforderungen rundweg ab. Darauf beschloffen diese Arbeiter einstimmig den Streik; die Direktion verlangte die bedingungslose Zurücknahme der Forderungen, und als sich die Arbeiter darauf nicht einließen, erfolgte die Aussperrung aller Arbeiter. Die Aussperrung begann am 14. Mai.

Der Kampf im Tiefbaugewerbe.

In der Gewerkschaftszentrale in Karlsruhe fand Donnerstagabend nach Feierabend eine Versammlung der Tiefbauarbeiter von Karlsruhe und Durlach statt, die sich hauptsächlich mit dem Streit bei Dürerhoff u. Widmann beschäftigte. Berichterstatter war der Vorsitzende der Zweigvereinsleitung Karlsruhe des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Gen. A. Philipp, der zunächst über die am 18. Januar in Stuttgart stattgefundene Konferenz der Tiefbauarbeiter berichtete. Kollege Fischer hielt dort, so führte Philipp aus, ein interessantes Referat über die heutigen Zustände im Tiefbaugewerbe. Er gab ein eingehendes Bild über die Entwicklung des Tiefbaugewerbes und die Zustände in demselben. Insbesondere geistete Kollege Fischer das im Tiefbaugewerbe herrschende Submissionswesen, und wies nach, wie gerade in diesem Gewerbe die Preise in unerhörtester Weise gedrückt werden und zeigte das an verschiedenen drastischen Beispielen. Beim Bau des Entlastungsstamms in Karlsruhe betrug das Angebot einer Firma zwei Millionen, das einer anderen sechs Millionen. Den Schaden bei diesen Zuständen hat die Tiefbauarbeiterchaft zu tragen. Wo unorganisierte Arbeiter den Firmen zur Verfügung stehen, haben diese Klassenlöhne eingeführt, die zwischen 25 und 45 Pf. die Stunde schwanken. Durch diese Klassenlöhne wird ein Strebertum und Speichelleertum großgezogen wie nirgendwo sonst. Nirgends sonst sind aber auch die Löhne so hoch wie gerade im Tiefbaugewerbe. 1913 waren es 20 275 Mark, darunter 349 Tote. Diese Zahlen zeigen am deutlichsten, wie ungeheuerlich groß die wirtschaftliche Ausbeutung der Arbeiter im Tiefbaugewerbe ist, wie rücksichtslos aber auch die Arbeiterkämpfe unternommen werden und nicht beachtet werden. Fischer wies darauf hin, daß, solange keine Organisationen in den Städten beständen, auch keine bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen sein werden, ebenso wenig wie die Schutzbestimmungen der Reichsversicherungs-Gesetzgebung beachtet werden. Ein weiteres Referat hielt Kollege Horster über: „Sind die Arbeiter des Tiefbaugewerbes zu organisieren?“ Genosse Horster führte aus, daß es nun auch möglich geworden sei, in das Tiefbaugewerbe einzudringen. Eine Schwierigkeit sei allerdings vorhanden, nämlich, daß im Tiefbaugewerbe eine sehr gemischte, durcheinander gewirfelte Arbeiterchaft vorhanden sei. Es herrsche eine fortwährende Fluktuation. Der feste Stamm eigentlicher Tiefbauarbeiter sei sehr schwach, das Gros seien die sogenannten Wanderarbeiter. Weiter trägt zur Fluktuation bei, daß im Verlaufe einer großen Zahl von Jahren im Tiefbau arbeiten und sich um Organisationen nicht kümmern. Dieser Zustand bestehe auch in Karlsruhe. Es ist ein Stamm Tiefbauarbeiter vorhanden, aber ein Teil, namentlich aus Eggenstein, hat keinen Sinn für die Organisation. Die Vorteile, die die Organisation erträgt, werden natürlich auch diese Leute ein. Mit diesen Leuten muß einmal ein ernstes Wort geredet werden. Entweder sind sie für uns oder gegen uns. Wer so wie jetzt das für den Zustand nicht mehr weitergehen. (Allgemeine Zustimmung.) Zu dem Stamm zählt Gen. Horster die Tiefbauarbeiter, Fugler, Erbauer, Zementure u. a. Wenn diese zusammenhalten, dann wird es möglich sein, den letzten Mann in die Organisation zu bekommen. 13 Firmen haben bereits Verträge abgeschlossen, aber immer sind noch Firmen vorhanden, die sich zu keinem Vertragsabschluss bewegen lassen können.

Es wurde auf der Konferenz weiter festgestellt, daß die Verhältnisse in Norddeutschland, die noch sehr traurig sind, auch auf den Süden ihre Wirkung ausüben. Die Organisationsverhältnisse sind im Norden, besonders in Berlin, sehr schlecht. Die Konferenz beschäftigte sich besonders eingehend mit den sogenannten Weltfirmen im Tiefbaugewerbe. Die Anschauungen der Konferenz wurden schließlich in folgender Resolution niedergelegt:

1. Die Konferenz ist der Überzeugung, daß die Organisation der Tiefbauarbeiter für diese selbst ein dringendes Bedürfnis ist und daß auch die Grundlagen dafür vorhanden sind. Die Konferenz ersucht alle Verbandsinstanzen, mit aller Kraft die Agitation für diesen Beruf aufzunehmen. Um die Agitation planmäßig und erfolgreich betreiben zu können, ersucht die Konferenz den Verbandsvorstand, das erforderliche Material zu beschaffen und den in der Agitation tätigen Kollegen zur Verfügung zu stellen. Die Konferenz erwartet, daß diese Anregungen überall befolgt werden und bespricht sich dabei bei der Organisation der Tiefbauarbeiter gute Erfolge.
 2. Die Konferenz hält den Abschluß von Tarifverträgen für das Tiefbaugewerbe für dringend geboten. In der Erkenntnis, daß die sogenannten Welt- und Wanderfirmen der Tarifidee feindlich gegenüberstehen, ist zur Erreichung von Tarifverträgen eine Bewegung auf breiter Grundlage notwendig. Die Konferenz hält es für geboten, daß in den verschiedenen Bezirken zu gleicher Zeit ein Vorstoß gegen diese Firmen unternommen werde. Sie ersucht den Verbandsvorstand, diese Bewegung einzuleiten, soweit die Möglichkeit dazu vorliegt.
 3. Die Konferenz richtet an alle Vertreter in den Staats- und Gemeinderäten die dringende Bitte, dahin zu wirken, daß bei Vergütung von Arbeiten tariffreie Firmen den Vorrang erhalten.
- Schließlich beschäftigte sich die Konferenz noch mit der Einhaltung der Kartellverträge mit anderen Organisationen. Auch hier wurden verschiedene Mißstände zur Sprache gebracht. Auch in Karlsruhe müsse verschiedenes anders werden.
- Im Anschluß an diesen Konferenzbericht sprach dann Gen. Philipp in ausführlicher Weise den Streit bei der Firma Dürerhoff u. Widmann in Karlsruhe. Durch den Streit in Karlsruhe ist der Widerstand der organisierten Tiefbauunternehmer gebrochen worden. Die Tiefbauarbeiter in Hamburg standen den Kollegen in Karlsruhe hilfreich zur Seite. Nachdem die Firma zuerst nicht zu Verhandlungen vor dem Gewerbegericht zu bewegen war, war sie sofort dazu bereit, als die Sympathiebewegung der Hamburger Kollegen erschien. Die Firma erklärte nun, einen Tarifvertrag abzuschließen zu wollen. In weiteren Verhandlungen fand dann die Festlegung des vorher Vereinbarten statt. Mit 13 Firmen bestanden bereits Tarifverträge. Die Arbeitervertreter nahmen an, daß bei den Verhandlungen mit der betroffenen Firma die bestehenden Verträge mit anderen Firmen als Grundlage gelten würden, wie es ja auch überall der Fall zu sein pflegt. Das Schiedsgericht sollte jedoch einen Spruch, der die niedrigeren Löhne vorschlägt, wie in den bestehenden Verträgen festgelegt ist. Damit konnten sich die Arbeitervertreter nicht einverstanden erklären. Es wurde Einspruch beim Hauptarbitrat in Berlin eingelegt. Als die Verhandlungen in Berlin beginnen sollten, wurde den Arbeitervertretern bekannt, daß auch die Arbeitgeber von Karlsruhe Einspruch erhoben hätten und dazu noch Anträge eingeleitet hätten, die wesentliche Verschlechterungen enthielten. Unter diesen Umständen sahen sich die Arbeitervertreter veranlaßt, die Verhandlungen abzulehnen. Es fanden dann weitere Verhandlungen in Karlsruhe statt. Es wurde von den Arbeitgebern wieder ein Schiedsgericht vorgeschlagen mit Herrn Stadtschlichter Neumann als Unparteiischen. Darauf konnten sich jedoch die Vertreter der Arbeiter nicht einlassen, denn in die Unparteilichkeit des Herrn Neumann konnten sie noch dessen Verhalten beim ersten Schiedsgericht kein Vertrauen mehr haben. Die Arbeitgeber wollten dann eine zweite Instanz, die auf der Grundlage des ersten Schiedsgerichts verhandeln soll

und deren Entscheid aber dann bindend sein sollte. Diesen Vorschlag lehnten die Arbeitervertreter ab, sie konnten kein Vertrauen mehr haben. Gegenüber dem Verlangen der Arbeitgeber, daß die Beschlässe bindend sein sollten, verteidigte die Arbeiterchaft entschieden den Standpunkt, daß in letzter Linie immer die Arbeiterchaft entscheiden müsse, ob sie die Beschlässe annehme oder nicht. (Lebhafte Zustimmung.) So stehen nun die Dinge. Die Kollegen mögen entscheiden, was weiter geschehen soll. Wenn es zum Kampf kommt, dann werden die Tiefbauarbeiter ihn auch durchzuführen wissen. Verlangt man aber, daß die Eggensteiner Ausgräber sich unbedingt solidarisch erklären. Wenn sie sich weigern, dann haben sie das Recht verwirkt, als ehrliche Arbeiter angesehen zu werden. Wir verlangen, daß diese Leute unbedingt Solidarität üben, das Treiben der Eggensteiner hat die Arbeiterchaft satt. Wenn sie die Ertragsgegenstände mit einstecken wollen, dann sollen sie auch mit darum kämpfen. Wenn es zum Kampf kommt, dann muß die Arbeiterchaft einig sein, dann kann sie den Kampf aufnehmen mit dem Rufe: Es lebe der Kampf! — Mit lebhaftem Beifall bezugte die Versammlung ihre Zustimmung zu den Ausführungen des Kollegen Philipp. — In der anschließenden Diskussion stellten sich alle Vertreter auf den Standpunkt, daß unbedingt in letzter Linie die Arbeiterchaft über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs zu entscheiden habe. — Kollege Grafel regt, um die Agitation noch intensiver zu gestalten, die Schaffung einer Agitationskommission an. Herrn Neumann könne man nicht mehr als Unparteiischen anerkennen. — Kollege Böhlert bittet, daß auf keinen Fall in Verhandlungen unter den bestehenden Verträgen als Grundlage eingetretet werde. Die Meinung der Versammlung wird dann in folgender Resolution niedergelegt:

„Die am 14. Mai stattgefundene Versammlung der Tiefbauarbeiter von Karlsruhe und Durlach nimmt mit Freuden Kenntnis davon, daß es in Karlsruhe gelungen ist, mit 13 Firmen Verträge bzw. Vereinbarungen für das Tiefbaugewerbe abzuschließen.“

Sie spricht aber ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß das anlässlich des Streiks bei Dürerhoff u. Widmann eingeleitete Schiedsgericht, unter Leitung des Herrn Gewerbegerichtsrichters Neumann, den Inhalt der bestehenden Verträge, besonders den Stundenlohn und die Zuschläge für Wasserarbeit, nicht berücksichtigt hat, sondern Lohn und Zuschläge erheblich niedriger festsetzt, als dies in den abgeschlossenen Verträgen festgesetzt ist.

Die Versammlung spricht ferner aus, daß ein Vertrag für das gesamte Tiefbaugewerbe in Karlsruhe und Durlach erstrebenswert ist und beauftragt die Zweigvereinsleitung, an allen diesbezüglichen ferneren Verhandlungen teilzunehmen.

Die Versammlung beauftragt die Zweigvereinsleitung, auf Samstag, 23. Mai, eine weitere Versammlung aller Tiefbauarbeiter mit der Tagesordnung: „Bericht über die Verhandlungen und Stellungnahme hierzu“ einzuberufen und verspricht die Versammelten gleichzeitig, dafür zu sorgen, daß der letzte Tiefbauarbeiter in dieser Versammlung erscheint.“

Die Resolution wird einstimmig angenommen. Auch der Antrag des Kollegen Grafel betr. Agitationskommission wird einstimmig angenommen. Auf Vorschlag aus der Mitte der Versammlung wird beschlossen, die Versammlung am 23. Mai, nachmittags 5 Uhr, beginnen zu lassen. — Zum Schluß weist der Vorsitzende Philipp auf den Kampf bei der Firma Herling hin. Das Verhalten des Herrn Herling, der den Vertrag gebrochen und seinen Arbeitern mit Meberien kam, wurde dabei einer scharfen, aber berechtigten Kritik unterzogen. Leider haben sich sechs Klausuristen gefunden, die dem Unternehmer Arbeitswilligendienste leisten. Auch Herr Herling wird noch lernen, daß er mit Arbeitern wie mit Menschen zu verfahren hat und daß er mit diesen geschlossenen Verträgen zu halten hat. Es sind alle Kaufstellen dieser Firma gesperrt. — Die nächsten acht Tage werden nun die Entschlüsse bringen, ob im Tiefbaugewerbe Krieg oder Frieden herrschen soll. Die Organisation liegt lebhaft bei den Unternehmern.

Aus der Stadt.

Die Stadtverordnetenwahlen und die bürgerlichen Parteien.

In den Versammlungen, die von den bürgerlichen Parteien bis jetzt abgehalten wurden, ergingen sich die Referenten und Diskussionsredner in den schwülstigen Redensarten über ihre Tätigkeit auf dem Rathaus; mit Wathos betonten sie, wie gerade sie allein die Interessen der Allgemeinheit auf dem Rathaus gewahrt hätten. Wie ist es aber in Wirklichkeit? Es wird von keinem der bürgerlichen Vertreter ernstlich bestritten werden können, daß es immer der heftigsten Kämpfe und des energischsten Auftretens der sozialdemokratischen Fraktion bedürfen, um wirklich im allgemeinen Interesse liegende Fortschritte auf dem Rathaus durchzusetzen. Welcher gewaltigen Arbeit bedurfte es z. B., um die Stadt davor zu bewahren, daß die so teuer bezahlte und mit so außerordentlich großen Gelddopfern instand gesetzte Straßenbahn nicht beseitigt wurde? Bei der Frage der Straßenbahn haben die Nationalliberalen, Fortschrittler, Zentrum und auch die Mittelstandsparteien einen Quartan aufgeführt, der sehr oft an Nüchternheit grenzte. Ueberall sind in diesen Fragen die Herren halb und halb geteilt, oft auch in drei Teile gespalten, wenn ein Teil sich der Stimme enthält. Nirgends ein festes, geschlossenes Auftreten. Um es nach oben und nach unten nicht zu verderben, stimmte in allen die Straßenbahn und das Elektrizitätswerk betreffenden Fragen die bürgerliche Vertretung geteilt. Es läßt sich durch diese Teilung vielleicht bei den Wahlen ein Geschäft machen, so meinen sie wohl. Wir halten die Wähler für zu einsichtsvoll, als daß sie sich durch solche Manöver täuschen ließen.

Bei der Schulfrage trifft das gleiche zu. Nur dem fortwährenden Drängen der Sozialdemokraten ist es zu verdanken, daß Fortschritte im Lehrplan unseres Volksschulwesens zu verzeichnen sind. Der fremdsprachliche Unterricht an der Volksschule spielt diesmal in der Wahlagitiation der Bürgerlichen eine gewisse Rolle. „Man solle den Lehrplan nicht so belassen.“ „Die Volksschüler sollen gründlich rechnen, Lesen und Schreiben lernen, durch fremdsprachlichen Unterricht würden die Volksschüler zur Ueberhebung ertragen.“ So hieß es in der liberalen Versammlung. „Eine solche Belastung sei Unfug.“ so meinte Herr Stadtv. Strobel. Herr Strobel meinte weiter, er, der Herr Strobel, habe den Sozialdemokraten ihr Schulprogramm gezeigt! Mit der Frage, „die Sozialdemokraten seien die Religiösenfeinde,“ glaubt dieser Herr speziell Geschäft machen zu können. In der Frage der Schülerbibliothekens sucht Herr Strobel indirekt den Glauben zu erwecken, als fördere die Sozialdemokratie die unästhetische Literatur. Das sind weiter nichts wie zensur-

trümliche Redensarten, die man in tausend andern Wahlversammlungen schon ebenso gesagt und ebenso — selbstbewußt hat vortragen hören. Wenn man den Versammlungsbericht über die Zentrumerversammlung im Café Rotbad vom 13. Mai sich genau ansieht, so findet man, daß alles, aber auch alles, was gesagt wurde, geschickt und selbstlich spitzfindig verdreht und entstellt wird, was auf dem Rathaus gearbeitet wurde, nur um das Zentrum möglichst herauszutreiben.

Netzt, kurz vor den Wahlen, hat man auch allerseits viele und schöne Worte über die Binderung der Wohnungsnot. Auch das Zentrum stimmt da jubelndvolle Töne an. Doch aber fehlen die Taten und die Konsequenz dieser Worte. Wenn Herr Strobel seine Rede schließt, daß das, was das Zentrum auf dem Rathaus getan hat, im Einklang steht mit der Tätigkeit seiner Vertreter im Reichstag und Landtag, so stimmen wir dem zu, das Zentrum ist in der Gemeinde so reaktionär tätig wie im Lande und im Reich.

Rechtlich wie bei dem Zentrum steht es bei den Nationalliberalen auf dem Rathaus. Die Stellung dieser Fraktion zur Verkehrsfrage haben wir ja schon beleuchtet. Herr Jakob, der kommende Mann in der nationalliberalen Fraktion, hat zwar eine große und schöne Rede gehalten. Alles, was in der Stadt schon geschehen, bedarf nach seinen Ausführungen der Verbesserung; aber bei keinem einzigen Punkte hat Herr Jakob gesagt, wo und wann die Verbesserungen kommen sollen. Da salbirt man sich, man will frei Hand haben. Immer und immer wieder wird betont, daß sich unsere verbenden Anlagen zugunsten der Stadt entwickelt haben. Daran sind aber die Nationalliberalen nicht schuld. Was haben denn die Nationalliberalen getan zu jener Zeit, als sie die alleinige Herrschaft auf dem Rathaus hatten? In jener Zeit wurden aber nur Geldsackinteressen vertreten und das sind u. E. keine Allgemeininteressen. Die gleichen Interessen werden auch heute noch von den Nationalliberalen vertreten. Die Herren sehen in den Versammlungen wohl ein, aus gewissen Gründen, daß in Karlsruhe eine Wohnungsnot und Mangel an Kleinwohnungen besteht, aber für eine durchgreifende Wohnungspolitik von seiten der Stadtverwaltung waren sie noch nie zu haben. Große Reden und nichts, aber auch gar nichts dahinter.

Goffentlich zeigen die Wähler durch ihre Stimmabgabe, daß sie die Politik der Nationalliberalen, sowie der andern bürgerlichen Parteien auf dem Rathaus durchschaut haben und lassen sich in deren Versammlungen nicht mehr den Drei um den Mund schmieren. Die nationalliberale Herrschaft und auch der zu große Einfluß der andern bürgerlichen Parteien auf dem Rathaus muß ganz und gründlich gebrochen werden. Nur dann aber wird Karlsruhe sich vorwärts entwickeln zum Wohle der Allgemeinheit.“

Seute abend 1/2 9 Uhr im „Auerhahn“: 3. Vortrag des Gen. Reimes. Berlin über „Entwicklung des Wirtschaftslebens.“

Die Entwicklung des Wirtschaftslebens.

Der zweite Vortrag des Genossen Reimes in dem vom Bildungsausschuß veranstalteten Kursus war wieder sehr gut besucht. „Die altgermanische Markenverfassung und andere kommunistische Wirtschaftswesen, das Wirtschaftsleben der auf Sklaverei beruhenden Gesellschaft“ lautete das Thema dieses Vortrags. Der Redner verbreitete sich eingangs seiner Ausführungen über die Zustände und Verhältnisse bei den alten Germanen, bei denen das Mutterrecht bestand, er zeigte weiter, wie allmählich die Entwicklung von der Jagd des Mannes zur Viehzucht führte. Mit dem Sinken der Arbeit des Ackerbauers zur Sklaverei beginnt auch die Frau in ihrer gesellschaftlichen Stellung zu sinken. Das Mutterrecht trat nur da in die Erscheinung, wo Ackerbau herrschte, und wo er von der Frau in voller Freiheit betrieben wurde. Die Germanen sind festgestelltermäßen aus dem Osten in Deutschland eingedrungen. Aufgrund der vergleichenden Sprachforschung nimmt die Wissenschaft an, daß die Griechen, die Italiener, die Kelten, die Germanen und die Slaven Abstammlinge ein und desselben Stammes sind. An den Grenzscheiden, wo die beiden Volksstämme, Sehaftigkeit und Nomadentum, aufeinanderstießen, herrschte dauernd Streit. Die alten Germanen wurden im Westen von den Römern in Schach gehalten und beherricht und im Osten bedrängten sie die nachziehenden Nomadenvölker, so daß sie also gezwungen waren, sich sehaft zu machen. — Der Redner schilderte dann die wirtschaftlichen Verhältnisse in der alten Markgenossenschaft. Während der römische Geschichtsschreiber Cäsar im Jahr 52 v. Chr. noch von rein kommunistischem Ackerbau bei den Germanen berichtet, finden wir schon 160 Jahre später bei Tacitus nur noch familienweise Bodenbebauung. In der Markgenossenschaft herrschten rein demokratische Grundzüge. Die Markgenossen hielten ohne Polizisten und Herrscher die Ordnung vollkommen aufrecht, es waren Einrichtungen da, daß keiner wirtschaftlich sich über den andern erheben konnte. Weil alle wirtschaftlich gleich waren, waren sie auch politisch gleich. Wir finden in den Markgenossenschaften eine glänzende Vorfähigung der materialistischen Geschichtsauffassung, die Gesamtheit der Produktionsverhältnisse bildet die Basis, auf der sich der juristische und politische Ueberbau erhebt. Ein Rest der kommunistischen Zustände bei den alten Germanen ist noch zu finden in dem bei uns tief im Volksbewußtsein wurzelnden Empfinden, daß der Wald nicht einzelnen gehören kann, sondern daß er der Allgemeinheit gehören muß. Mit dem Privateigentum kam die wirtschaftliche und insolge dessen auch die politische Ungleichheit herauf. Der Redner zeigte dann die Entwicklung von anfangs frei gewählten Markentäften zum erblichen, aus dem sich der heutige Adel entwickelte, ebenso wie sich aus den alten gewählten Seerführern die heutigen Fürstenhäuser entwickelten (Herzog nannte man den Mann, der vor dem Seere herzog).

Die Kenntnis der geschichtlichen Vorgänge ist notwendig, um daraus Schlüsse auf die Zukunft ziehen zu können. Gerade was in dieser Beziehung die Arbeiter wissen

müssen, wird ihnen in der Schule vorenthalten, es ist deshalb ein um so größerer Verdienst der Partei, daß sie solche Kurse veranstaltet. Die Parteigenossen sollten deshalb recht zahlreich die Gelegenheit, ihre geschichtlichen Kenntnisse zu bereichern, benützen. Der Vortrag fand lebhaften Beifall.

Bei der Firma Ludwig Seiderer, Glaserei mit Maschinenbetrieb, Kriegstraße, sind wegen Mahregelung des Vertrauensmannes Differenzen ausgebrochen. Die Glaser erklärten sich sämtliche mit ihrem Vertrauensmann solidarisch und stellten die Arbeit ein, sodaß der Betrieb stillgelegt ist. Zug von Glasern und Maschinenarbeitern ist streng fernzuhalten.

Zentralverband der Glaser, Zahlstelle Karlsruhe.

* Kaufereien. Heute früh 12,45 Uhr verfuhr vor einer Wirtschaft in der Uhlstraße ein lebiger Schloffer nach vorangegangener Wortwechsel einem Kaufmann eine Messerschneide in den Kopf, außerdem stach er bei seiner Verfolgung und Festnahme einen Schreiner in die Hand. Die Verletzungen sind nicht lebensgefährlich. Der Täter ist verhaftet. — Bei einem Streit zwischen mehreren Personen vor einer Wirtschaft in der Hardstraße verletzte gestern Abend ein 26 Jahre alter verheirateter Schloffer einem 33 Jahre alten verheirateten Schloffer durch einen Messerstich in die Brust lebensgefährlich. Der Verletzte mußte mit dem Krankenauto ins städtische Krankenhaus verbracht werden. Der Täter, sowie dessen Bruder, der ebenfalls an der Schlägerei beteiligt war, sind verhaftet. — Während einer Kauferei in einer Wirtschaft in Rintheim fiel gestern Abend ein Arbeiter in die am Boden liegenden Scherben eines Bierglases und zog sich im Gesicht so erhebliche Schnittwunden zu, daß er ins städtische Krankenhaus aufgenommen werden mußte. — Durch Schläge mit einem Stod wurde gestern Nachmittag vor einer Wirtschaft in der Müppurstraße ein Tagelöhner aus Weizgaben von einem Arbeiter von hier am Kopfe erheblich verletzt, sodaß ärztliche Hilfe erforderlich wurde. Durch diesen Vorfall entstand eine größere Menschenansammlung.

Veranstaltungen.

* Palast-Lichtspiele. Das ehemalige Lichtspieltheater hat letzten Samstag, nachdem es einige Zeit geschlossen war, unter dem Namen Palast-Lichtspiele wieder seine Vorstellungen aufgenommen. Das Theater gehört mit seiner gediegenen, geschmackvollen Inneneinrichtung zu den vornehmsten und schönsten Aufenthalts- und Unterhaltungsstätten dieser Art in unserer Stadt. Wenn es nun auch fernerhin hält, was es in seinem Eröffnungsprogramm letzten Samstag versprochen, dann wird es bald hier eine führende Stellung unter den Amusementtheatern einnehmen. Das Eröffnungsprogramm fällt sowohl durch die Reichhaltigkeit seines Inhalts wie auch durch dessen Gediegenheit auf. Ernstes und Heiteres, Belehrendes und Unterhaltendes, Alles ist vertreten. In herrlichen Naturaufnahmen werden die Verjorfenstrubel in Schweden gezeigt, herrliche Bilder sind die Aufnahmen von Affen von der Insel Borneo. Die Komödien und Humoresken „Morix siegt über Sperdod Holmes“ und „Mara als Zippfräulein“ sind von unwiderstehlicher Komik, sie erregen Stürme von Heiterkeit. — Auch die, leider, unermesslichen Dramen haben Handlungen, die weit über dem Durchschnittsniveau stehen. Wenn der Inhalt nicht aufregt, der hat wenigstens einen reichen Genuß an den geradezu wunderbaren Naturaufnahmen, besonders prächtige Bilder aus Venedig enthält das große vieraktige Drama „Das Haus der Liebe“, das aber auch sonst als ein Meisterwerk der modernen Lichtspielkunst bezeichnet werden muß. — Wer sich einige Stunden angenehme Unterhaltung und Belehrung verschaffen will, der veräume nicht, auch den Palastspielen einen Besuch abzustatten.

Neues vom Tage.

Verhaftung der Kolmarer Mörder.

Paris, 16. Mai. Die beiden Verbrecher, die den Chauffeur ermordeten und den Leichnam den Abhang hinunterwarfen, wurden heute Morgen in einem Hotel in Le Havre verhaftet. Sie setzten ihrer Verhaftung energischen Widerstand entgegen und machten von ihren Revolvern Gebrauch. Franz verletzte sich selbst tödlich. Er erlag bald darauf seinen Verletzungen. Sein Komplize konnte überwältigt und verhaftet werden.

Schweres Brandunglück.

Darmstadt, 17. Mai. Infolge Gaseplosion entstand gestern in einem Hause der Villenkolonie Ludwigshöhe bei Oberstadt ein Brand, wobei der Privatgelehrte Spedrich den Tod fand. Man fand seine Leiche völlig verkohlt vor. Ein bei ihm zu Gast weilender Herr namens Koch wurde ohnmächtig aufgefunden. Die Ärzte hoffen, ihn wieder herstellen zu können.

Fliegerabsturz.

Sebsthops, 16. Mai. Der Militärflieger Sunichura ist mit seinem Flugzeug abgestürzt und hat dabei den Tod gefunden.

Prinz Heinrich-Flug.

Frankfurt a. M., 17. Mai. Der mit allgemeiner Spannung erwartete Prinz Heinrich-Flug nahm einen interessanten Verlauf. Tausende von Zuschauern waren herbeigeeilt, um die Ankunft der Flieger zu erwarten. Von den 25 Fliegern, die heute früh 4 Uhr in Darmstadt starteten, trafen nach der ersten Etappe auf dem Rebstädter Flugplatz in Frankfurt 19 Flieger ein, von denen 17 bald darauf nach Köln weiterfuhren. 5 Flieger mußten während des ersten Etappenfluges die Weiterfahrt aufgeben. Teils mußten sie Notlandungen vollziehen, teils stürzten sie ab. Flugzeug 14 mußte bei Bruchsal und Flugzeug 28 bei Gernsheim Notlandungen vornehmen. Flugzeug 19 stürzte bei Gerrenalb im Schwarzwald ab. Der Führer Leutnant Wals blieb unverletzt, dagegen verbrannte der Beobachter Leutnant Müller vom bayerischen Infanterieregiment Nr. 8. Flugzeug 16 stürzte heute Vormittag 9,20 Uhr bei Gernsbach im Schwarzwald ab. Der Führer Leutnant von Hildebrand vom Dragonerregiment Nr. 24, und der Beobachter Leutnant Müller vom Jägerbataillon Nr. 7, blieben unverletzt. Dagegen wurde der Apparat zertrümmert. Die Landung der übrigen 19 Flieger vollzog sich in Frankfurt glatt. Nur Flugzeug 29, Führer Schlegel, stellte sich beim Landen auf den Kopf, wobei das Flugzeug, eine Mercedesstaube, einige Beschädigungen erlitt. Bei der Einfahrt nach Köln wurde Flugzeug Nr. 8 unter der Führung des Leutnants Pfeiffer vom Fliegerbataillon Nr. 1 beim Forsthaus Georgenbrunn in der Nähe von Wiesbaden zum Landen gezwungen. Ferner kehrte der Flieger von Beaulieu nach Frankfurt wegen widriger Windverhältnisse zurück. Der Flieger Stöffler (Flugzeug Nr. 38) mußte auf dem Wege nach Köln bei Holzhausen im Taunus wegen eines Benzinröhrenbruchs eine Not-

landung vornehmen. Der Flieger sowohl als sein Begleiter Krause (Diavis) wurden nicht verletzt. Bei Mainz stürzte das Flugzeug Nr. 6 ab. Der Führer, Oberleutnant Kolbe vom Infanterieregiment Nr. 97, blieb unverletzt. Dagegen wurde Leutnant Kohde vom Infanterieregiment Nr. 7 sehr schwer verletzt. Der Apparat verbrannte vollkommen. Bis zum Nachmittag waren sieben Flieger von Köln zurückgekehrt. Einige werden für den Rest des Tages, die andern morgen und übermorgen erwartet.

Strasbourg, 17. Mai. Die Flieger kamen heute Morgen bei einem Nordwind von 20 Sekundenmeter hier an, waren größtenteils ihre Meldetafeln ab und flogen nordwestlich nach Speyer weiter. Um 7 Uhr hatten bereits von den in Darmstadt gestarteten 24 Flugzeugen 20 Strasbourg passiert.

Halberstadt, 16. Mai. Auf dem hiesigen Flugplatz sind heute nach 5 Uhr zwei auswärtige Militärflieger, Leutnant Wiegandt vom Inf.-Regt. Nr. 122, und Oberleutnant Fehlinger vom Pionierbataillon von Raud Nr. 3, die eine Landung vornehmen wollten, aus 500 Meter abgestürzt. Beide waren sofort tot.

Stettenheim, 17. Mai. In der Nähe von Stettenheim stürzte gestern ein Doppeldecker infolge Bruchs einer Verbindungsabel ab. Der Apparat wurde vollständig zertrümmert, die beiden Insassen Leutnant Holzmann von der Freiburger Fliegerabteilung und sein Beobachter Lt. Frank blieben unverletzt.

Moosbrunn (Amt Ettlingen), 17. Mai. In der Nähe des Althofes verunglückten heute früh kurz nach 7 Uhr zwei Teilnehmer am Prinz Heinrich-Flug, die Leutnants Wals und Müller beide vom 8. bayerischen Infanterieregiment, Ersterer kommandiert zum Fliegerbataillon Schleißheim. Sie stürzten mit ihrem Luftverkehrs-gesellschaft-Doppeldecker Mercedes aus ca. 30-40 Meter Höhe ab, wobei das Flugzeug in Brand geriet. Der Beobachter, Lt. Müller kam beim Absturz unter den Apparat zu liegen, der in Brand geraten war und konnte nur als verkohlte Leiche geborgen werden; dagegen kam Leutnant Wals, der aus dem Flugzeug geschleudert wurde, mit geringen Verletzungen davon; er konnte schon am Nachmittag weiterfahren. Die Leiche von Leutnant Müller wird nach Gernersheim seiner Heimat geschafft werden.

Kommunalwahlen im Reichslande.

Glänzende Erfolge der Sozialdemokratie.

Strasbourg, 18. Mai. Das Resultat der Strasbourg Gemeindevahl konnte mit Sicherheit noch nicht festgestellt werden. Entschieden ist nur, daß in zwei Vorortbezirken zusammen 9 Sozialdemokraten gewählt sind, darunter die Reichstagsabgeordneten Peirotes und Böhle; in dem dritten Vorortbezirk müßten Nachwahlen stattfinden, doch haben auch dort die Sozialdemokraten einen starken Vorprung. Von der Innenstadt fehlen noch einzelne Wahlbezirke. Das Resultat gestaltet sich ungefähr so, daß die Fortschrittler in der Innenstadt etwa 4000 Stimmen, das Zentrum etwa 3000, die Sozialdemokraten 5500 und die Mittelpartei 1500 erhalten haben. Durch den Proporz des zweiten Wahlgangs dürfte sich nach vorläufigen Berechnungen das Resultat so gestalten, daß der kommende Gemeinderat sich aus 16 Sozialdemokraten, 1 Fortschrittler, 7 Zentrumsmitgliedern und 2 Mittelparteilern zusammensetzen wird.

Mülhausen, 17. Mai. Die Gemeinderatswahlen haben als entscheidendes Ergebnis gebracht, daß die Wahlkreiseinteilung das Gegenteil dessen bewirkte, was mit ihr erreicht werden sollte: Die Sozialdemokraten haben in zwei städtischen Bezirken zusammen 14 Sitze erobert. Die Durchschnittsziffern lauten: Fortschrittliche Volkspartei 2606, Zentrum 3046, Wirtschaftliche Vereinigung 1781, Sozialdemokratie 6253.

Colmar, 18. Mai. Das um 2 Uhr nachts bekannt gegebene Wahlergebnis ist folgendes: Gewählt sind elf Mitglieder des Blocks, unter ihnen ein Sozialdemokrat und ein Mitglied der liberalen Partei. Der bisherige Bürgermeister Blumenthal, der nicht wiedergewählt wurde, erhielt von 33 Kandidaten die geringste Stimmenzahl mit 2520 Stimmen.

Letzte Nachrichten.

Zum Fall Abrech.

München, 16. Mai. Die Kammer lehnte die Erlaubnis zur Strafverfolgung des Abgeordneten Abrech ab. Abrech soll sich durch die in einem Zivilprozeß erfolgte Verwertung eines Briefes, den er vom Kriegserichter Wolfshögel als Abgeordneter erhielt, der Unterschlagung schuldig gemacht haben.

Das amtliche Wahlergebnis.

Stendal, 16. Mai. Das amtliche Wahlergebnis der Ersthauptwahl im Kreise Osterburg-Stendal weist folgende Ziffern auf: Hösch (kons.) 12 221, Wachhorst de Wente (lib.) 7 033, Weims (Soz.) 6 925 Stimmen. Mithin hat Stichtwahl zwischen Hösch und Wachhorst de Wente stattgefunden.

Mordprozeß der Madame Gailloux. Paris, 17. Mai. Der Staatsanwalt hat die Akten in Sachen der Frau Gailloux geprüft und fordert nun die Verweisung der Angeklagten vor das Schwurgericht unter der Beschuldigung des beabsichtigten und vorläufigen Totschlags. Der Advokat Labori wird Frau Gailloux verteidigen.

Prozeß Sviba.

Prag, 16. Mai. In dem Ehrenbeleidigungsprozeß des Abgeordn. Sviba gegen den Redakteur des „Narodni Listy“, Heller, wegen Veröffentlichung eines Artikels, in dem behauptet wird, daß Sviba gegen Entlohnung der Polizei Spitzeldienste geleistet habe, hat der Gerichtshof den Angeklagten freigesprochen. Die Geschworenen waren einstimmig der Meinung, daß der Wahrheitsbeweis erbracht worden sei.

Der weiße Wolf.

Beijing, 16. Mai. Telegramme aus Panchowfu in der Provinz Kansu besagen, daß der weiße Wolf am 4. d. M. Tsinhschu plünderte, wobei viele Personen getötet und verwundet wurden. Amtliche Nachrichten zufolge plünderte der weiße Wolf darauf noch Tsinan und wurde dann am 13. unter großen Verlusten geschlagen.

Die Blutschuld der amerikanischen Miliz.

Newport, 16. Mai. Außer dem Major der Miliz Hamrod, gegen den 52 Anklagen wegen Mordes, Brandstiftung, und Plünderung in Colorado erhoben sind, werden noch viele Offiziere und Milizsoldaten vor das Kriegsgericht kommen. So wird Leutnant Linderfeldt beschuldigt den Führer der Streikenden Luis Tifas mit einem Gewehrstoß geschlagen zu haben, nachdem er von den Truppen bereits gefangen war. Tifas Leichnam wurde später von 3 Kugeln durchbohrt aufgefunden. Es wird behauptet, die Milizsoldaten hätten ihn erschossen, nachdem er freigelassen war und fortlaufen wollte.

Die Lage in Mexiko.

Veracruz, 16. Mai. Die Rebellen haben die Verwaltung des eroberten Tampico in die Hand genommen. Ihre Führer halten auf strenge Justiz und Ordnung. Plünderung und Mord wird mit Erschießen geahndet. Die Rebellen wollen vor aller Welt zeigen, daß sie imstande sind, die Verwaltung in einem Sinne zu führen, der den Begriffen der europäischen Zivilisation entspricht. Sämtliche öffentlichen Anstalten und Wirtschaften sind geschlossen. Auch die Arbeit in den Werkstätten ruht fast völlig. Dem Vernehmen werden die Arbeiter in den Feldern wieder aufgenommen werden.

Die Kanonenboote Guertias sind in die Hände der Rebellen gefallen und sind nach Veracruz unterwegs, wo sie entwandert werden und bis zum Friedensschluß verbleiben sollen.

Veracruz, 16. Mai. Die Konstitutionalisten haben Turpan am Donnerstag eingenommen. Die 500 Mann starke Garnison war den Aufständischen, die 2000 Mann zählten, entgegengezogen, wurde aber überwältigt. Die Bundesstruppen sind in die Berge geflohen.

Briefkasten der Redaktion.

Nach Offenburg. Karte kam letzten Samstag erst mit der Post um 11 Uhr. Es war also zu spät für die Samstag-Ausgabe. Ihre Bordwürde sind also gänzlich unberechtigt.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Rechte Nachrichten, Gewerkschaftliches und Soziales: Hermann Rade; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeigen.

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft.) Dienstag Abend nach der Turnstunde Abteilungsversammlung der Abt. Mühlburg im „Rheinanal“. Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwünscht. — Mittwoch Abend treffen sich sämtliche Turngenossen im „Gambrius“. 1065

Durlach. (Sozialdem. Verein.) Dienstag, 19. Mai, abends 7,30 Uhr, im „Schwanen“ Mitgliederversammlung mit Vortrag des Herrn Kolb-Karlsruhe über: „Die Volksschuldebatten im badischen Landtag“. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet. 1063

Durlach. (Freie Turnerschaft (1899) — Turnerinnenabteilung.) Heute Montag fällt das Turnen wegen anderweitiger Belegung des Turnsaales aus. Donnerstag, 21. Mai (Himmelfahrtstag), morgens 9 Uhr: Tambour-Übungsstück auf dem Turnplatz. Nächste Turnstunde Montag, 25. Mai, im Lammhale. Schülerinnen 7,30-7,45 Uhr, Turnerinnen 7,45-8,10 Uhr. Vollzähliges Erscheinen erwünscht. Die Turnkarte warten. 1066

Durlach. (Sängerbund „Vorwärts“.) Heute Montag abends Punkt 9 Uhr Singstunde im Lokal zum „Lamm“. Das Erscheinen aller Sänger ist dringend erwünscht. 1063. Der Vorstand.

Quittung.

Für den Wahlfonds zu den Stadtverordnetenwahlen gingen folgende Beträge ein: B. N. 2 M., 2. M., 2. M., 2. M., 2. M., Liste Nr. 133 1,60 M., Liste Nr. 139 11,60 M., Liste Nr. 143 31,40, Liste Nr. 149 5,60 M., Zusammen: 56,20 M. Weitere Beträge nimmt entgegen: G. Krüger, Luisenstraße 46, 4. St.

Salat: Feines Tafelöl ca. 1/2 Literfl. 1.20, Extrafeines Tafelöl ca. 1/2 Literfl. 95, Oel ca. 1/2 Literfl. 90, Pfannkuch & Co. Mit den neuesten Filtermaschinen verarbeitet. Garantie für absolute Reinheit und glanzhell. Preise verstehen sich mit Flasche. Leere Flaschen mit 10 Pfg. zurück.

Beachten Sie bitte die Kochanweisung,

die jedem Würfel von **MAGGI Suppen** aufgedruckt ist. Sie ist zwar sehr einfach, aber natürlich nicht für jede der 43 Sorten die gleiche. Richtig zubereitet, schmecken **MAGGI Suppen** wirklich delikats. Achten Sie beim Einkauf gefl. auf den Namen **MAGGI** und die Schutzmarke „Kreuzstern“.

1017

Sängerbund Vorwärts Karlsruhe.

Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht unsere verehr. Mitglieder von dem Ableben unseres lang-jährigen Mitglieds

Philipp Heidt,
Wirt z. Kaisergarten,

geziemend in Kenntnis zu setzen.
Die Beerdigung findet am Montag den 18. Mai, nachm. 5 Uhr statt, wozu wir unsere Mitglieder zu zahlreicher Beteiligung ersuchen.
Der Vorstand.

Sängerbund Vorwärts
18 90
Karlsruhe

Donnerstag, den 21. Mai (Himmelfahrtstag) findet der Bitterungs halber verlegte

Familien-Maiausflug

mit Musik
durch den Durlacher Wald nach dem Waldspitzen bei Ruc (beim Mühlfeld) statt. Dortselbst Picknick. Abwechslungsweise Gesangs- und Musikvorträge, Kinderspiele.
Abmarsch punkt halb 7 Uhr vom Tivoli (Rappenerstraße).
Für guten Stoff Schrenpp Bier (hell und dunkel), sowie alkoholfreie Getränke und kleinere Waren ist Sorge getragen.
Hierzu laden wir die verehrlichen Mitglieder nebst Angehörigen, sowie Freunde und Gönner des Vereins zu zahlreicher Beteiligung freundlichst ein.
Der Vorstand.

NB. Der Besuch der Hedwigsquelle wurde vom Bürgermeisterrat Eitlingen verboten.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Karlsruhe.
Lichtbilder-Vorträge
werden abgehalten am Dienstag, den 19. Mai, abends 6 1/2 Uhr, in Karlsruhe in der „Karlsruhe“, Akademiestr. 30; in Rastatt im Gasthaus „Zum Rappen“, Rappenerstraße 6, am Mittwoch, den 20. Mai, abends 6 1/2 Uhr.
Eintritt frei.

Am Himmelfahrtstag wird bei günstiger Witterung ein **Ausflug** veranstaltet und zwar durch den Durlacher Wald, Grünvettersbach, Thomashof nach Kleinfeldbach.
Treffpunkt früh 7 Uhr am Durlacher Tor.
Zurück kann man mit der Staatsbahn 10⁴⁴ oder 12⁴⁷.
Ankunft Karlsruhe 11¹⁴ oder 1¹⁷. Fahrpreis 30 Pfennig.

Colosseum

Waldstrasse 16/18 Direktion: G. Kiefer Telefon 1938

Gastspiel des Frankfurter Intimen Theaters Trocadero

Heitere Künstler-Abende.
Hauptdarsteller: Josef Schäffer, gen. Jeremias Hammermeier, Walter Paris, humoristischer Sprecher, May Christoph, Disouse, Crete et Werner Bing, Duett am Flügel und zur Laute, Fritz Gella, Chansons, Margaret Glanville, Charaktertänze, May Allen and Pariner, Moderne Tänze: Tango, Maxixe, Furlana, Ragtime, humoristische Tanz-Fantasien, Reinhold Freberg, Rezitationen etc. etc.
Franz Schwank **Los Nr. 33** v. A. Vély u. L. Mizal Gross, Schlager Ueber 600 Mal gegeben.
Großart. Cabarettell nur ersikl. Darstellung.
Gewöhnl. Colosseum-Preise. — Vorverkauf in den bekannten Zigarrengeschäften und im Colosseum-Bureau von 11—1 Uhr.

Geschäfts-Gröpfung.

Mache hiermit bekannt, daß ich Geibelstr. 2a ein **Friseur-Geschäft** eröffnet habe und bitte um gefl. Unterstützung.
1067
W. Jung.

Lehrmädchen

freundlich und gewandt, von erstklassigem Lebensmittellhandel mit Filialbetrieb per sofort gesucht. Gefl. Offerten unter Nr. 1054 an die Expedition des „Volkstreuend“.

Herrenkleiderstoff-Reste

in nur ausgehöhten la Qualitäten sind enorm billig abzugeben
Kaiserstraße 133 1 Treppe hoch
Ecke Kaiser- und Kreuzstraße (Eingang bei der kleinen Kirche).

Eilt! Eilt!

1. Grosse Karlsruher Geld-Lotterie
z. Erbauung eines Seminars f. Haushalts-Lehrerinnen. Ziehung garantiert 28. Mai. 1718 Geldgew. ohne Abzug
19000 M.
Hauptgewinn bar Geld
10000 M.

51. Offenburg-Lotterie
Ziehung garantiert 4. Juni. Gesamtwort der Gewinne:
30 000 M.
14 Gewinne:
15 000 M.
586 Gewinne
15 000 M.

Obige Lose je Mark 1.— (11 L. 10M., Porto u. Liste je 25 Pfg.) empfiehlt und versendet Lot.-Unternehmer **J. Stürmer**
Strasbourg i. E., Langstraße 107.
Filiale: Kohl u. W., Hauptstr. 47.
In Karlsruhe: Carl Götz, Hebelstr. 11/15, E. Flöge.

J. Stürmer
Strasbourg i. E., Langstraße 107.
Filiale: Kohl u. W., Hauptstr. 47.
In Karlsruhe: Carl Götz, Hebelstr. 11/15, E. Flöge.



EINE AUFFALLENDE ERSCHEINUNG
In es, daß viele Raucher gegen die Folgen ihrer Leidenschaft nicht tun, o schützen Sie sich durch W. Boländers Eitling in allen Apotheken und Drogerien Preis der Originalschachtel 1 Mk

Sonderpreise!

10% Rabatt auf Kostüme, Sommermäntel, Kostümrocke, Blusen, Unterröcke.
Wilhelmstr. 34, 1 Tr.
steine Ladenpfeiler. 1034

Auf Teilzahlung

Möbel, Herren-Konfektion, Wäpge, Gardinen u. Bequeme An- und Abzahlung.
Möbelhaus Pfister,
Schützenstr. 17.
Herrenrad
mit Freilauf, unter Garantie sehr billig zu verkaufen. Fr. Dajner, Kirchstr. 25, 3. Stock, Hinterh.

Radler

kaufen am vorteilhaftesten
Räder, Pneumatiks, Ketten
v. 48.- an von 1.70 an v. 1.25 an
Pedale **Glocken**
von 0.85 an von 0.13 an
usw.

81 Kaiserstrasse 81
Nordische Stahlgesellschaft m. b. H.

Sonder-Preise

Montag Dienstag Mittwoch

**Modewaren
Spitzen
Stickereien**

Hermann Tietz

Ca. 4000 Stück

Trikotagen 20% unter Preis

aus besond. vorteilhaft Lagerkäufen stammend, kommen heute u. folgende Tage, solange Vorrat, durchschn. ca. zum Verkauf.
Durchweg gut verarbeitete solide Qualitäten! Auf Extrastichen aufgelegt!
Trikothemden, beste Sommer-Qualitäten, versch. Größen, macco und mac o imit. Mk. 1.35 1.75 2.50
Einsatzhemden, weiss und gelb, mit modernen Einsätzen, auch porös, teils echt macco Mk. 1.50 2.25 3.25 3.75
Trikotosen, Sommer-Qualitäten, auch nathlos, teils porös Mk. 1.15 1.65 2.25
Unterjacken teils echt macco 0.95 1.90
Netzjacken 0.45 0.85 1.25

Knaben-Sweaters, Sommer-Qual. marine, hellblau, rot u. gestreift 70 85- 1.15 1.75 2.15

W. Boländer, Kaiserstrasse Nr. 121.

SCHUH-WAREN

Verkauf I. Etage.

zu Extra-Preisen!

Diese Woche. Soweit Vorrat!

Damen-Halbschuhe	schwarz und braun, Derby und Lackkappe Paar	5.90
Damen-Schnür- u. Knopf-Halbschuhe	hübsche mod. Formen Paar	6.75
Damen-Halbschuhe	Chevreaux, Boxcalf oder Lackleder Paar	7.90
Damen-Halbschuhe	Lackleder mit Lederriemen, Boxcalf, helle Farben Paar	8.75
Damen-Halbschuhe	Goodyear-Welt, alle Ausführungen, Boxcalf, Chevr., Lackl. ständig. Preis	12.00
Damen-Stiefel	Derby mit Lackkappen, schwarz oder farbig, schöne Ausführungen Paar	6.90
Damen-Stiefel	Chevreaux, Boxcalf, neue moderne Formen mit hohem amerikanischem Absatz Paar	8.75
Damen-Stiefel	Goodyear-Welt, elegante Formen, ständiger Preis Paar	12.00
Damen-Knopfstiefel	Stoff-Einsatz, sehr modern Paar	6.90
Damen-Halbschuhe u. Stiefel	mit farbigen Einsätzen, sehr elegant Paar	16.00
Herren-Stiefel	mit Derby, hübsche Formen Paar	7.90
Herren-Stiefel	Sonntags-Stiefel, Derby mit Lackkappe Paar	8.75
Herren-Stiefel	schwarz und braun, neue Formen Paar	10.50
Herren-Stiefel	Goodyear-Welt, nernöhme Formen ständiger Preis Paar	12.00
Herren-Stiefel	Boxcalf, Chevreaux, schwarz u. farb., elegante Ausführg., auch mit Doppelsohl., ständig. Preis	16.00

Kinder-Stiefel	schwarz 18/22 und braun Paar	1.95	1.75	1.50	1.25
Kinder-Stiefel	mit Fleck, 20/22 schw. u. braun Paar	3.25	2.85	2.35	1.75
Kinder-Stiefel	schwarz 23/24 und braun Paar	3.95	3.45	2.95	2.25
Kinder-Stiefel	schwarz 25/26 und braun Paar	4.45	3.95	3.50	2.75
Kinder-Stiefel	Rindbox, holzgenagelt, breite Form Paar	27/30	4.25	31/35	4.90
Kinder-Stiefel	Rindbox, Ringsbes., hübsche Formen Paar	27/30	4.75	31/35	5.50
Kinder-Stiefel	braun, Ziegenleder, Derby mit Lackkappen Paar	27/30	5.25	31/35	5.90
Leder-Niedertreter	schwarz und braun Herren	2.95			Damen 2.50
Leder-Hausschuhe	feste Sohlen und Absatzfleck Herren	3.25			Damen 2.50
Leder-Hausschuhe	schwarz und braun Herren	2.25			Damen 1.75
Reise-Schuhe	mit Etui gr. Auswahl Paar	5.75	4.50	3.95	2.95
Leinen-Pumps	weiss und grau, für Damen, mit hohem amerikanischen Absatz Paar				3.95
Leinen-Derby-Schuhe	weiss und grau, für Damen Paar				4.25
Tennis-Schuhe für Damen	Chromsohlen Paar	5.50	3.50	2.95	
Tennis-Schuhe für Herren	Chromsohlen Paar	6.50	4.50	3.45	

Touren- und Berg-Stiefel
mit und ohne Nägel je nach Preis
Damen 18.00 14.50 12.00 Herren 18.50 16.00 13.50

Sandalen Vachette-Leder schwarz u. braun

28/24	25/26	27/30	31/35	36/42	48/47
2.45	2.95	3.45	3.95	4.45	4.95

Ausgestellt in unsern Fenstern Kaiserstraße.

KNOPF

Bekanntmachung.
Die Herren Mitglieder des Bürgerausschusses beehre ich mich zu einer öffentlichen Versammlung auf **Dienstag, den 19. Mai ds. Jrs., nachmittags 5 Uhr,** in den großen Rathssaal einzuladen.
Tagesordnung:
1. Herstellung des südlichen Teils der Marien-Straße (Vorlage 34).
2. Aenderung des Ortsstatuts über das Bestattungswesen (Vorlage 38).
3. Verkauf von Gelände an Hoffärbermeister Jini in Würzburg (Vorlage 37).
4. Grundstücksumlegung für das Gebiet zwischen Schnepler-, Gehhard- und Reichs-Straße und der westlichen Grenze des Grundstücks Lsg. Nr. 9229 und 6775 (Vorlage 35).
5. Herstellung der Sommer-Straße zwischen Marien- und Kriegs-Straße (Vorlage 39).
6. Verkauf der Grundstücke Lsg. Nr. 4840 und 4875 (Vorlage 40).
7. Erstellung einer Verladebrücke nebst Drehtran und Siebwerk am Rheinhafen (Vorlage 41).
8. Beschaffung von Motor- und Anhängerwagen für die städtische Straßenbahn (Vorlage 42).
9. Pflasterung mehrerer Straßen (Vorlage 43).
10. Herstellung der Römer-Straße zwischen der Turner-Straße und der Südgrenze des Grundstücks Lsg. Nr. 15 184 d (Vorlage 44).
11. Gewährung einer Geldbeihilfe an den Verein für naturgemäße Lebens- und Heilweise - Naturheilverein - (Vorlage 45).
Karlsruhe, den 11. Mai 1914. 958
Der Oberbürgermeister:
Sieggrist. Rager.

Bekanntmachung.
Auf Grund des § 22 der Ortsstrahengesetzes und der §§ 4 ff. der Verordnung vom 19. Dezember 1908, den Vollzug des Ortsstrahengesetzes betreffend, soll ein Gemeindebeschluss folgenden Inhalts erlassen werden.
Die Eigentümer der an die Gartenstraße zwischen Fröbel- und Schillerstraße angrenzenden Grundstücke haben der Stadt die Strafenkosten zu ersetzen.
Es finden die „allgemeinen Grundstücke über den Bezug der Eigentümer von Grundstücken zu den Strafenkosten nach § 22 des Ortsstrahengesetzes“ (Beschluss des Bürgerausschusses vom 21. Juni 1909) Anwendung.
Ein Kostenvorantrag, die Liste der beitragspflichtigen Grundeigentümer, aus der die Größe der Grundstücke sowie das Maß ihrer an die Straße stoßenden Grenzen zu ersehen ist, eine Kopie des Straßenplanes, sowie ein Abdruck der erwähnten Grundstücke über den Bezug der Eigentümer von Grundstücken zu den Strafenkosten“ liegen bis zum 8. Juni 1914 auf dem Rathaus - Tiefbauamt - zur Einsicht auf. Einwendungen gegen den beabsichtigten Gemeindebeschluss wären bei Aufschlußvermeidung bis zum 6. Juni 1914 anber geltend zu machen.
Karlsruhe, den 16. Mai 1914.
Der Stadtrat:
Dr. Paul.

Städt. Arbeitsamt Karlsruhe 1059
Jähringerstraße 100. — Telefon 629.
Wir suchen zum sofortigen Eintritt für

Gärtner	—	Auswärts:	6 junge
Färber und Wäscher	1		
Lapezierer und Polsterer	1		3
Sattler und Tapezierer	—		3 junge
Militärjattler auf Tornister	2		2
Zigarrenmacher (Roller)	—		2 junge
Schneider	20		80
Schuhmacher	—		5
Friseur	—		3 junge
Steinbrücker	1		
Steinhauer	—		1
Maurer	—		5
Maler	—		10
Ladierer	10		25
Raminseger, junger	2		5
Schmiede (Huf und Wagen)	1		1 junger
Bauschloffer	—		6
Wächner (Weißblech)	—		1
Drehflutmieter	2		4
Wagner	2		6
Drahtflechter	1		—
Stuhlpolierer	1		—
Käfer (Holz und Keller)	1		6
Korbmacher	1		—
Glafer	1		1

Arbeitsvergebung.
Zuden Erweiterungsarbeiten im städt. Schlachthof sind **Anstreicherarbeiten** zu vergeben. 995
Angebotsformulare und Zeichnungen können beim städt. Hochbauamt, Karl-Friedrich-Straße Nr. 8, Zimmer Nr. 167, abgeholt bzw. eingesehen werden. Dasselbst sind auch die Angebote bis **Freitag, den 22. Mai 1914, vormittags 10 Uhr,** dem Schluß der Ausschreibung, einzureichen.
Karlsruhe, den 14. Mai 1914.
Städt. Hochbauamt.

Arbeitsvergebung.
Zum Neubau für Garderobe und Wäber, Pferde- und Hundestall u. Wagenstuppen, im städt. Schlachthof sind **1. Maurerarbeiten, 2. Eisenbetonarbeiten, 3. Zimmerarbeiten** zu vergeben. 1081
Angebotsformulare und Zeichnungen können beim städtischen Hochbauamt, Karl-Friedrich-Straße Nr. 8, Zimmer Nr. 167, abgeholt und eingesehen werden. Dasselbst sind auch die Angebote bis **Donnerstag, den 28. Mai ds. Jrs., vormittags 10 Uhr,** dem Schluß der Ausschreibung, einzureichen. 1081
Karlsruhe, den 16. Mai 1914.
Städt. Hochbauamt.

Drucksachen fertigt an Buchdruckerei Volkssprecher.

Kinderwagen sehr gut erh. Kriegstr. 154a, Stb. III, 11s.

Lehrlinge gesucht 1057
zum sofortigen und späteren Eintritt, und zwar für Karlsruhe:
20 Wäber, 1 Blasinstrumentenmacher, 20 Flechler und Instillateure, 2 Buchbinder, 1 Bildereinträger, 1 Bürstenmacher, 2 Drahtflechter, 1 Färber, 12 Friseur, 7 Gärtner, 8 Glafer, 1 Graveur, 1 Kunstglaser, 2 Goldarbeiter, 1 Gürtler, 1 Geschir- und Wagenfattler, 2 Sattler und Tapezier, 11 Polsterer und Dekorateur, 1 Wäber, 1 Zimmerlapezier, 2 Pofamentiere, 1 Holzschreier, 1 Holzbildhauer, 1 Holzbergolber, 6 Huf- und Wagenfettler, 9 Kellner, 8 Köche, 1 Konditor, 8 Küfer, 2 Kupferschmiede, 3 Kürschner, 3 Ladierer, 1 Lithograph, 23 Maler und Anstreicher, 15 Metzger, 2 Maschinenschloffer, 4 Photographen, 14 Schuhmacher, 4 Schriftföher, 1 Treibziseleur, 1 Uhrmacher, 5 Wagner, 4 Zahntechniker, 5 Zimmerleute, 1 Kunstgewerbliche Werkstätte, Metallarbeiten, 11 Kaufleute für Ladengehäufe und Geschäftshäuser.
Nach auswärts:
11 Wäber, 4 Flechler und Instillateure, 1 Buchbinder, 1 Bierbrauer, 2 Bauschloffer, 1 Drahtflechter, 4 Friseur, 12 Gärtner, 4 Glafer, 1 Gipser, 2 Goldarbeiter, 1 Geschir- und Wagenfattler, 4 Sattler und Tapezier, 4 Polsterer und Dekorateur, 2 Glasföher, 2 Gärtner und Ofenseher, 8 Huf- und Wagenfettler, 4 Kaminföher, 8 Kellner, 1 Koch, 6 Konditoren, 3 Küfer, 8 Maler und Anstreicher, 5 Metzger, 4 Schuhmacher, 8 Schreiner, 1 Steinbrücker, 2 Wagner, 1 Kaufmann für Ladengehäufe.
Die Lehrstellen sind teils mit, teils ohne Kost und Wohnung (die auswärtigen fast sämtliche mit Kost und Wohnung). Wo Kost und Wohnung nicht gewährt wird, erhält der Lehrling eine Vergütung.
Möglichst baldige Anmeldungen werden erbeten an das **Städt. Arbeitsamt Karlsruhe** Jähringerstraße 100. Männliche Abteilung Fernspr. Nr. 629. — Weibliche Abteilung Fernspr. Nr. 949.

En gros Schneider-Artikel En détail
Beste und billigste Bezugsquelle für sämtliche Schneider-Bedarfsartikel und Bügelstentfäden
Damen-Jackettfutter empfiehl
Karlsruhe **Peter Mees** Herrenstr. 42
Verfand auch nach auswärts.
Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.
Geschickung vom 14. Mai. Berthold Großkopf, Herold hier, mit Helena Ella Buchbeut. von Körsdorf bei Chemnitz.
Geburten vom 8. bis 14. Mai. Alfred Konrad, B. Emil Blash, Flechlermeister. — Erika, B. Karl Münch, Kesselföhermeister. — Todesfälle vom 13. bis 15. Mai. Heinrich, alt 1 J. 1 Monat 6 Tage, B. Heinrich Euber, Hausdiener. — Margarethe Oswald, alt 65 J. Witwe des Maurers Konrad Oswald. — Kanette Baer, alt 69 J. Ehefrau des Kaufmanns Baer.